

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2010

Zusammenstellung der wichtigsten Initiativen

Hanse-Office – Gemeinsame Vertretung der Länder
Hamburg und Schleswig-Holstein
bei der Europäischen Union

Vertretung der Freien Hansestadt Bremen
bei der Europäischen Union

Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern
bei der Europäischen Union

Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 17/885
--

Inhaltsverzeichnis

Teil 1	Einleitung	3
1.1	Das Arbeitsprogramm 2010 – Struktur der Darstellung	3
1.2	Grundlagen und Schwerpunkte des Arbeitsprogramms 2010	4
Teil 2	Zusammenfassung der wichtigsten Initiativen der Kommission	6
2.1	Beschäftigung, Soziales, Gesundheit / gesundheitlicher Verbraucherschutz, Regionalpolitik	6
2.2	Bildung, Kultur und Jugend	9
2.3	Finanzen	12
2.4	Forschung und Technologie	15
2.5	Justiz und Inneres	18
2.6	Landwirtschaft, Fischerei und Verbraucherschutz	22
2.7	Medien und Informationsgesellschaft	24
2.8	Umwelt, Energie und Meerespolitik	26
2.9	Wirtschaft, Unternehmen und Verkehr	29

Teil 1 – Einleitung

1.1. Das Arbeitsprogramm 2010 – Struktur der Darstellung

Wie in den Jahren zuvor haben die Brüsseler Länderbüros von Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2010 gemeinsam ausgewertet und die aus ihrer Sicht wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengefasst.

Die Kommission hat erst am 31. März das Arbeitsprogramm für 2010 vorgestellt. Während die Kommission die Arbeitsplanung für das folgende Jahr üblicherweise im Oktober/November eines Jahres vorlegt, haben die Verzögerungen bei dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (VvL) auch Auswirkungen auf die Vorlage des Arbeitsprogramms gehabt. Erst Ende November 2009 hat Kommissionspräsident Barroso die Kandidaten für die neue Kommission vorgestellt, die nach dem endgültigen Inkrafttreten des VvL am 1. Dezember 2009 noch die Anhörungen vor den zuständigen Fachausschüssen des Europäischen Parlaments (EP) durchlaufen mussten. Zum 10. Februar 2010 konnte die Barroso II-Kommission schließlich ihre Arbeit aufnehmen.

Die Kommission hat für das Arbeitsprogramm 2010 eine neue Struktur gewählt:

In **Anlage I** des Programms sind die Vorhaben aufgeführt, zu deren Verabschiedung sich die Kommission noch in den Monaten April bis Dezember 2010 verpflichtet hat. Hierbei handelt es sich um 34 so genannte „strategische Initiativen“.

In einem neuen **Anlage II** hat die Kommission eine Liste von möglichen strategischen und prioritären Initiativen vorgestellt, deren Verabschiedung noch geprüft wird. Diese Liste umfasst den Zeitraum 2010 bis 2014 und stellt somit eine Arbeitsplanung der Kommission für ihre gesamte Amtszeit dar, die regelmäßig fortgeschrieben werden soll.

In den **Anlagen III und IV** werden die Vereinfachungsinitiativen und die zur Rücknahme vorgesehenen anhängigen Vorschläge aufgeführt.

Die vorliegende Zusammenstellung der wichtigsten Vorhaben aus norddeutscher Sicht passt sich an die neue Arbeitsplanung an. Dabei werden aber die fachlichen Zusammenhänge in der Darstellung gewahrt. Deshalb werden die einzelnen Fachthemen vorgestellt, wobei jeweils unterschieden wird in Vorhaben, die noch in 2010 umgesetzt werden, und solchen Vorhaben, die sich noch in der Überlegungsphase befinden mit dem Zeithorizont bis 2014.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Auswertung eine „Momentaufnahme“ darstellt, die die aktuelle Situation abbildet. Erfahrungsgemäß ergeben sich im Laufe des Jahres Änderungen, sowohl im Hinblick auf zeitliche Abläufe als auch eine Verschiebung von Schwerpunkten, z.B. durch neue Herausforderungen oder politische Entwicklungen.

Für die legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen werden folgende Abkürzungen verwendet:

1. L = Legislativmaßnahme: VO = Verordnung oder RL = Richtlinie
2. M = alle übrigen Maßnahmen: z.B. Mitteilung, Grün- oder Weißbuch

Das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2010 sowie die Ablaufpläne sind auf der Internet-Seite der Kommission abrufbar:

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

1.2 Grundlagen und Schwerpunkte des Arbeitsprogramms 2010

Das Arbeitsprogramm 2010 greift inhaltlich die strategischen Leitlinien auf, die Kommissionspräsident Barroso im September 2009 vor seiner Wiederwahl durch das Europäische Parlament vorgelegt hatte. Gleich im ersten Monat ihrer Amtszeit hat die Barroso II-Kommission zudem intensiv an einer Nachfolgestrategie zur Lissabon Agenda gearbeitet. Am 3. März 2010 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine so genannte „Europa 2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ vorgestellt. Sie soll die Politik der Kommission in den nächsten Jahren maßgeblich prägen. Nachdem der Europäische Rat darüber am 25./26. März eine erste Debatte geführt hat, wird erwartet, dass er auf seiner Tagung im Juni 2010 die Strategie im Wesentlichen bestätigen wird. Dementsprechend finden sich die Schwerpunkte dieser Strategie auch schon in dem Arbeitsprogramm 2010 wieder.

Die Kommission wird sich mit dem jetzt vorgelegten Arbeitsprogramm auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- Bewältigung der Krise und Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft;
- eine Agenda für Bürgernähe, die den Menschen in den Mittelpunkt der EU stellt;
- die Entwicklung einer ehrgeizigen und kohärenten außenpolitischen Agenda mit globaler Reichweite sowie
- die Modernisierung der Instrumente und Arbeitsweise der EU

Bewältigung der Krise und Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft

Unter dieser Überschrift hat die Kommission vor allem die vorrangig zu bearbeitenden Vorhaben zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise und zur Vermeidung zukünftiger Fehlentwicklungen dieser Art zusammen gefasst. Die ersten 8 Vorschläge aus Anlage I sind diesem Thema gewidmet. Risikoreiche Finanzinstrumente sollen künftig besser überwacht und deren Einsatz eingeschränkt werden. In einer Mitteilung sollen Strukturen für eine effiziente Krisenvermeidung und -bewältigung entwickelt werden. Die Kontrolle der öffentlichen Haushalte im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts wird einen weiteren Schwerpunkt bilden. Die aktuellen Finanzierungsprobleme einzelner Mitgliedstaaten der EU und der Eurozone zeigen deutlich, dass in diesem Bereich in 2010 ein großer Handlungsbedarf bestehen wird.

Die Kommission ist aber zugleich darum bemüht, eine positive Perspektive für die Zukunft aufzuzeigen und die EU fit zu machen für den globalen Wettbewerb. In diesem Kontext werden schwerpunktmäßig nicht-legislative Vorhaben vorgeschlagen, die im Rahmen der Europa 2020-Initiative zu sehen sind. Die europäische Industrie soll in Richtung einer forschungs- und wissensbasierten, ressourcenschonenden und an den Möglichkeiten digitaler Entwicklung orientierten Ökonomie umgebaut werden. Diese soll den europäischen Bürgern Arbeit und Zukunftschancen bieten. Die 20/20/20 Ziele im Klimaschutz werden auch nach dem insgesamt enttäuschenden Ergebnis des Kopenhagener Klimagipfels weiter im Fokus des Handelns der Kommission stehen. Die Kommission erhofft sich zugleich auch einen langfristigen wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil und eine Technologieführerschaft für die Wirtschaft Europas, in dem sie bei der Entkoppelung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase von der Wirtschaftsentwicklung vorangeht. Konkrete Vorschläge zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen für die Bau-, Energie- und Verkehrsbranche sollen bald Erfolge liefern.

Außerdem sollen die erforderlichen Verkehrs- und Energieinfrastrukturen genauso vorangebracht werden wie der Schutz und die effiziente Verwertung von EU-Patenten.

Eine Agenda für Bürgernähe: Der Mensch im Mittelpunkt der EU

Die neue Kommission sieht ihr Handeln als Mittel zum Zweck, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas zu wahren und voranzubringen. In diesem Zusammenhang wird

insbesondere das Stockholmer Programm für ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutze der Bürger hervorgehoben. Die Kommission hat zwischenzeitlich den angekündigten umfassenden Aktionsplan vorgelegt, der in den Jahren 2010 bis 2014 mit dem Ziel umgesetzt werden soll, die Vorteile eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für die Bürger spürbarer zu machen. Zusätzlich sollen weitere Initiativen auf den Weg gebracht werden, wie eine Analyse der Hindernisse für die Freizügigkeit von Europas Bürgern oder ein so genannter Referenzrahmen für das Vertragsrecht, der grenzüberschreitende Geschäfte für Bürger und KMUs erleichtern soll. Weitere Themen sind unter anderem die Bekämpfung organisierter Kriminalität oder die Steuerung der Migrationsströme in die EU hinein.

Entwicklung einer ehrgeizigen und kohärenten außenpolitischen Agenda mit globaler Reichweite.

Mit dem Vertrag von Lissabon (VvL) hat die EU eine neue Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik bekommen, Baroness Catherine Ashton, die die rotierende Ratspräsidentschaft für die Außenvertretung der EU abgelöst. Ihre Aufgabe wird es sein, die EU als große politische, wirtschaftliche und handelspolitische Macht auf internationaler Bühne zu präsentieren. Dazu muss jedoch zunächst in Abstimmung mit Ministerrat, Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten ein Europäischer Auswärtiger Dienst aufgebaut werden, und die 27 Mitgliedstaaten müssen in vielen schwierigen Fragen von Handelsabkommen bis hin zur effektiven Krisenintervention in der Welt eine einheitliche Linie finden.

Modernisierung der Instrumente und Arbeitsweise der EU

Die Kommission hat schon seit einigen Jahren eine bessere Rechtsetzung und die Vereinfachung des Regulierungsrahmens der EU ganz oben auf ihre Agenda gesetzt. Mit der neuen Kommission werden diese Bemühungen noch einmal erheblich Auftrieb bekommen und in den Alltag all derjenigen einfließen, die in Brüssel und Straßburg mit Rechtsetzung zu tun haben.

Das bereits etablierte Instrument der *Folgenabschätzung* soll auf sämtliche Kommissionsinitiativen mit potentiell beträchtlichen Auswirkungen ausgedehnt werden, wozu auch Vorschläge für delegierte Rechtsakte und Durchführungsbestimmungen gehören sollen. Die Kommission nimmt sich vor, diese Folgenabschätzung künftig noch eingehender zu betreiben. Das neue Instrument der *Ex-post-Bewertung* soll sicherstellen, dass die Regulierung die jeweils gesetzten Ziele erreicht und das Gesamtsystem einen kohärenten Rahmen bildet. Ganze Rechtsgebiete sollen einem grundlegenden *Eignungstest* unterworfen werden, um evtl. veraltete Maßnahmen, Inkohärenzen, unerwünschte „Nebenwirkungen“ und Lücken aufzudecken. Im Rahmen von Pilotversuchen werden in 2010 die Umwelt-, Verkehrs-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie die Industriepolitik grundlegend überprüft. Auch die *Vereinfachung von Rechtsvorschriften* und die *Verringerung von Verwaltungslasten* bleiben eine Priorität der neuen Kommission. In den kommenden Jahren wird die Kommission 46 Vereinfachungsvorschläge unterbreiten (siehe Anlage III) und eine Reihe von Vorschlägen zurücknehmen, die nicht mehr umgesetzt werden können (siehe Anlage IV).

Gesamteinschätzung

Die neue Kommission bewegt sich in einem insgesamt schwierigen Umfeld, das geprägt ist von den schmerzlichen Folgen der Krise für die Staatshaushalte und die Wirtschaft. Diese müssen inmitten in einer institutionellen Umbruchphase nach dem Inkrafttreten des VvL überwunden werden. Zugleich müssen die ambitionierten Ziele der EU im Bereich Klimaschutz weiter verfolgt werden, obwohl sich die hohen Erwartungen an den Gipfel von Kopenhagen nicht erfüllt haben. Die EU sieht sich hier nach wie vor in einer Vorreiterrolle. Schließlich wird die Neugestaltung der zentralen Politikfelder Regionalpolitik, gemeinsame Agrarpolitik und Forschungspolitik für den Zeitraum nach 2013 zusätzlich erhebliche Aufmerksamkeit aller Beteiligten erfordern. Hierfür wird die Überprüfung des Haushalts, zu der die Kommissi-

on für das dritte Quartal eine Vorlage ankündigt, entscheidende Weichen stellen. Die Kommission will sich ihrer Verantwortung stellen, die Gelder der europäischen Steuerzahler so auszugeben, dass die vielfältigen und ambitionierten Ziele der EU so effizient wie möglich erreicht werden können.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Teil 2 – Zusammenfassung der wichtigsten Initiativen der Kommission

2.1 Beschäftigung ☐ Soziales ☐ Gesundheit / gesundheitlicher Verbraucherschutz ☐ Regionalpolitik

In den Bereichen Beschäftigung und Soziales und liegt der Schwerpunkt des Arbeitsprogramms der Kommission in 2010 eindeutig auf den drei strategischen Leitinitiativen zur Konkretisierung der EU 2020-Strategie sowie weiteren nicht-legislativen Vorschlägen zur Unterstützung dieser EU-Ziele. Im Handlungsfeld Gesundheitspolitik werden nur wenige, überwiegend nicht-legislative Initiativen neu auf den Weg gebracht. Sie beziehen sich u. a. auf die Entwicklung im Bereich e-Health und im legislativen Bereich auf die Absicht der Kommission, die Tabakprodukttrichtlinie zu ändern und insbesondere Maßnahmen zum Schutz junger Menschen und besonders gefährdeter Gruppen zu treffen.

Bereits jetzt haben die Gespräche über die Gestaltung der Regionalpolitik in der Förderperiode ab 2014 begonnen. Diese Politikbereich bindet derzeit ca. ein Drittel aller EU-Mittel. Im Fokus der Überlegungen steht die Bedeutung des durch die Kohäsionspolitik erreichten Mehrwerts. Erreichte Erfolge zu belegen, wird insbesondere für die Gewährleistung der weiteren Förderung der sog. „Übergangsregionen“ (Regionen, deren BIP pro Einwohner über 75% des Unionsdurchschnitts liegt) wichtig sein. Den Ergebnissen des 5. Berichts zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion, der gegen Ende des Jahres vorgelegt werden wird, wird daher mit Spannung entgegengesehen. Für die norddeutschen Bundesländer ist die zukünftige Gestaltung dieses Politikfelds, bei aller Unterschiedlichkeit der aktuellen Förderkulissen, von hoher Bedeutung,

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Beschäftigung/Soziales	Initiative „Jugend in Bewegung“ (M)	Die Mitteilung soll eine Strategie für die Zusammenführung europäischer und nationaler Mobilität, für Universitäts- und Forschungsprogramme, für die Modernisierung höherer Bildung, für die Förderung des Unternehmertums durch Mobilisierung junger Fachleute und für die Förderung der Anerkennung des informellen Lernens beinhalten. In diesem Zusammenhang werden für die kommenden Jahre weitere Initiativen angekündigt, die sowohl politik- als auch programmbezogene Elemente enthalten. Teil dieser Initiativen wird das europäische Austauschprogramm „ERASMUS“ für Jungunternehmer sein.
Beschäftigung	Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigung (M)	Die Agenda richtet sich auf die Erhöhung der Beschäftigungsrate, Vereinfachung der Mobilität Beschäftigter innerhalb der Union und die Verbesserung ihrer Ausbildung (Europäisches Rahmengerüst für Qualifikation, Kompetenzen und Beschäftigung).
Beschäftigung/Soziales	Mitteilung über die Plattform gegen Armut (M)	Das Ziel ist es, Vorschläge für eine Plattform gegen Armut und für Veränderungen im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung zu liefern. Diese Mitteilung wird den Blick auf den Fortschritt des sozialen Bereichs und den Fortschritt des Verlaufs des geänderten größeren politischen Engagements einschließlich geänderter Sichtweise

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

		und einer stärkeren positiven Wechselbeziehung zu anderen Politikfeldern aufzeigen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die aktive Eingliederung junger Menschen und die Bekämpfung der Kinderarmut gelegt werden.
Beschäftigung/Soziales	Revision der Arbeitszeitrichtlinie (L/RL)	Ziel ist die Anpassung der bestehenden Rechtslage an die Bedürfnisse der Arbeitnehmer, der öffentlichen Dienste und Verbraucher an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts. Der Vorschlag wird auf der Anhörung der Sozialpartner einerseits und einer Folgenabschätzung in rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht andererseits (wird vorab veröffentlicht) beruhen.
Soziales/Regionalpolitik	5. Bericht zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion (M)	Der Bericht wird die erreichten Fortschritte in Bezug auf die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion darstellen. Vor Ergreifung von Legislativmaßnahmen sollen die Rolle der Fonds, der Europäischen Investitionsbank und anderer Finanzinstrumente und der Effekt, den europäische und nationale Politiken auf die Entwicklung gehabt haben, untersucht werden. Der Bericht wird der Haushaltsrevision nachfolgen.

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Beschäftigung	Mitteilung für einen neuen Ansatz für eine enge Kooperation in beruflicher Aus- und Weiterbildung (M)	Diese Mitteilung wird Eckpunkte zur Unterstützung der Modernisierung der Politik zur beruflichen Aus- und Weiterbildung vorschlagen. Es wird sich um eine Vorlage für eine Ministerkonferenz unter Belgischer Ratspräsidentschaft in Brügge Ende 2010 handeln.
Beschäftigung	Mitteilung der Kommission: Vorschlag für Indikatoren zur Mobilität und Beschäftigung (M)	Die KOM wurde aufgefordert, Vorschläge für neue europäische Bezugswerte hinsichtlich der Mobilität und der Beschäftigung in Relation zu unterschiedlichen Bildungsreichen, Bildungsstufen und Berufsausbildungen der Menschen, zu unterbreiten.
Beschäftigung	Vorschlag zur Umsetzung der Entsanderichtlinie (L/RL)	Die Initiative will die Durchführung der Entsanderichtlinie verbessern. Der Vorschlag will die rechtlichen Verpflichtungen für die nationalen Träger, Unternehmer und Beschäftigte klären und allgemeingültige Regelungen schaffen. Das neue Regelwerk wird die Kooperation zwischen den nationalen Trägern verbessern, eine wirksame Durchsetzung durch ein Sanktionierungssystem gewährleisten und Abhilfemaßnahmen zur Verhinderung von Missbrauch beinhalten.
Beschäftigung	Legislativer Vorschlag zur Durchführung der ESF-Verordnung (L/VO)	Die Verordnung wird in Übereinstimmung mit den Unionsprioritäten der Programmperiode 2014-2020 ergehen.
Beschäftigung	Vorschlag zur Änderung von verschiedenen Arbeitsschutzrichtlinien zur Einbeziehung von Seefahrern (L)	Der Vorschlag zielt darauf ab, Seefahrern das gleiche Niveau hinsichtlich der Arbeitsrechte zu geben wie den Beschäftigten an Land. Derzeit sind Seefahrer von einer Reihe von Richtlinien noch ausgeschlossen. Die Änderungen, die mehrere Richtlinien betreffen, werden entweder Seefahrer in den Anwendungsbereich mit einbeziehen oder spezielle Regelungen für Seefahrer vorsehen, die ein angepasstes Schutzniveau sichern. Dabei werden die speziellen Verhältnisse und das gesamtwirtschaftliche

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Beschäftigung	Vorschlag für eine Verordnung zum Europäischen Globalisierungsfonds 2013 – 2020 (LVO)	Umfeld dieses Beschäftigungsbezuges berücksichtigt werden. Im Jahre 2011 will die Kommission die Halbwertsbewertung der Evaluierung des EGF, insbesondere in Bezug auf die Effektivität und die Nachhaltigkeit der Ergebnisse, durchführen. Die Auswertung wird eine solide Basis für Verbesserungsvorschläge für die weitere Ausgestaltung des EGF sein.
Soziales/Inneres	Mitteilung zum Aktionsplan zu unbegleiteten Minderjährigen (M)	Das Ziel ist, Antworten auf die Herausforderungen bei der Ankunft auf EU-Gebiet von unbegleiteten Minderjährigen zu finden. Der Aktionsplan will die wichtige Richtlinie untermauern und ergänzen, sowie Finanzinstrumente und die Kooperation mit den Herkunftsländern stärken.
Soziales/Inneres	Grünbuch zum Recht auf Familienzusammenführung (M)	Als Folge des Berichts über die Umsetzung der Richtlinie des Rates 2003/86/EG zum Recht der Familienzusammenführung will die Kommission eine umfassende Konsultierung in Form eines Grünbuches zur Zukunft der Regelung der Familienzusammenführung Drittstaatsangehöriger veranlassen.
Soziales	Mitteilung für eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Diskriminierung von Menschen mit Behinderung (L)	Die Mitteilung zielt ab auf die Beseitigung der Diskriminierung aufgrund von Behinderung, sowie die Sicherung der vollen Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen mit Behinderungen.
Soziales	Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (M)	1. Mitteilung über einen Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (M) 2. Evaluierungsbericht zu geltenden Regelungen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (M): Die Erarbeitung des bestehenden Regelungsrahmens läuft im November 2011 aus. Das Ziel der Überarbeitung ist die Anpassung der Regeln unter dem Blick des Evaluierungsberichtes, der 2010 erstellt wird. Diese Initiative steht im Zusammenhang mit der Festlegung eines qualifizierten Rahmens für öffentliche und soziale Dienstleistungen, die in den politischen Richtlinien des Präsidenten festgelegt wurden.
Gesundheit	e-Health Aktionsplan (M)	Der Fahrplan für die Jahre 2011 bis 2015 wird die konkreten Ziele und operativen Schritte zur Realisierung der elektronischen Patientenakte und der Telemedizin-Dienstleistung festlegen.
Gesundheit	Überarbeitung der Tabakproduktrichtlinie (2001/37/EG) (L)	Zwischenzeitliche substantielle Entwicklungen bei der Gesetzgebung zu Tabakprodukten erfordern eine Überarbeitung der bestehenden Richtlinie. Die Änderungen sollen insbesondere dem Schutz junger Menschen und besonders schützenswerter Gruppen dienen.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

2.2 Bildung ☐ Kultur und Jugend

Die Kommission kündigt zwei Flaggschiff-Initiativen im Jugendbereich an, mit denen die Bildungssysteme und insbesondere das Hochschulwesen verbessert werden sollen. Darüber hinaus sollen Jugendliche und junge Erwachsene mehr Mobilitätsprogramme angeboten bekommen und beim Übergang in das Berufsleben besser unterstützt werden.

Die Kommission will ihre Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Kultur und Jugend gegenüber 2009 deutlich intensivieren und damit einen wichtigen Beitrag zur EU-2020 Strategie leisten. Im Bildungsbereich geht es um die Reduzierung der Schulabbrecherquote, die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung oder die bessere Anerkennung von informellem Lernen. Im Bereich Kultur will die KOM neben einem Grünbuch zum Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft zum Wachstum auch einen Vorschlag für das neue Kultur- und Medienprogramm 2014 - 2020 vorlegen. Schließlich soll im Jugendbereich die neue „Jugend in Bewegung“ Initiative gestartet werden, mit der die Berufschancen insbesondere für junge Erwachsene verbessert werden sollen.

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Jugend	„Jugend in Bewegung“-Initiative (M)	Die Mitteilung der Kommission wird eine Strategie vorlegen, die die EU- und nationale Mobilität, Universitäten und Forscherprogramme integrieren, die Hochschulbildung modernisieren, Unternehmertum durch die Mobilität der Berufseinsteiger fördern und die Anerkennung von informellem Lernen vorantreiben soll. Es werden weitere Initiativen angekündigt, die sowohl politik- als auch programmbezogene Elemente abdecken und in den nächsten Jahren vorangebracht werden sollen. Dieser Rahmen wird ein Europäisches Unternehmergebiet einhalten – „ERASMUS für Jungunternehmer“
Jugend	Mitteilung über die Beschäftigung von Jugendlichen (M)	Die Mitteilung soll dazu beitragen, die Auswirkungen der Krise auf junge Menschen zu bewältigen. Es wird untersucht, wie der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben erleichtert werden kann. Außerdem soll eine bessere Verknüpfung zwischen politischen Prioritäten und EU-Mitteln, insbesondere dem Europäischen Sozialfonds erreicht werden. Die Mitteilung wird eine Reihe von neuen Initiativen ankündigen, darunter die Förderung der Mobilität von jungen Menschen (EURES) die Mobilisierung des Wirtschaftssektors bei der Einstellung von jungen Menschen sowie die verstärkte direkte Unterstützung von innovativen Projekten durch PROGRESS.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Bildung	Vorschlag für eine Ratsempfehlung zu Schulabbrechern (L)	Das Thema Schulabbruch ist eines der zentralen Kernziele der Europa 2020-Strategie. Die Empfehlung würde den MS ein Instrumentarium für die Bearbeitung dieses Themas zur Verfügung stellen.
Bildung	Vorschlag für eine EP- und Ratsentscheidung zur „Strategischen Innovationsagenda“ des EIT und der Änderung der EIT - Verordnung (L)	Wie im Rahmen der EIT-Verordnung gefordert, wird die „Strategische Innovationsagenda“ Vorschläge für weitere Governance, Operationen und Ressourcen in der nächsten siebenjährigen Periode vorlegen.
Bildung	Mitteilung für die Initiative für neue europäische Kompetenzen (M)	Die Mitteilung soll die Schlüsselkompetenzen im Bereich der beruflichen Bildung, Erwachsenenbildung und Hochschulbildung entwickeln, aufbauend auf den Empfehlungen der Schlüsselkompetenzen 2006. Sie soll einen Vorschlag für einen europäischer Bildungspass beinhalten.
Bildung	Mitteilung zur frühkindlichen Bildung (M)	Die Mitteilung wird die wesentlichen Erkenntnisse, die es derzeit gibt (wie z. B. von OECD, UNICEF, usw.), strukturieren und wird eine Arbeitsagenda im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung setzen.
Bildung	Vorschlag für eine Ratsempfehlung zum informellen und nichtformalen Lernen (L)	Als Teil der „Jugend in Bewegung“-Initiative soll der Vorschlag Instrumente zur Förderung und Sicherstellung einer besseren Anerkennung des formalen und informellen Lernens enthalten.
Bildung	Mitteilung zur Modernisierung der Hochschulbildung (M)	In dieser Mitteilung sollen neue Ziele für dieses Politikfeld vorgeschlagen werden. Dies könnte auch Vorschläge für ein Transparenz- und Ranking-System der Hochschuleinrichtungen beinhalten.
Kultur	Grünbuch „Freisetzung des Potentials der Kultur- und Kreativwirtschaft“ (M)	Es wird untersucht, wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können, um den Beitrag der Kultur und Kreativwirtschaft zum „grünen“ wissensbasierten Wachstum in Europa zu erhöhen.
Kultur	Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur Information über die Mobilität von Künstlern und Kulturschaffenden (L)	Es sollen Minimumstandards und Dienstleistungen durch ein Netzwerk für nationale Informationsdienstleistungen zur aufgestellt werden, mit dem Ziel, die genauen, aktuellen und leicht zugänglichen Informationen für die erforderliche Mobilität der professionellen Künstlern und Kulturschaffenden zur Verfügung gestellt werden.
Kultur	Kommissionsvorschlag für ein EP und Ratsbeschluss zum Kultur- und Medienprogramm 2014 – 2020 (L)	Der Vorschlag baut auf den gesammelten Erfahrungen aus dem Kulturprogramm 2007 – 2013 und dem Medienprogramm auf.
Jugend	Vorschlag für ein integriertes „Jugend in Bewegung“-Programm 2014-2020 (2. Phase) (L)	In Einklang mit der „Jugend in Bewegung“-Initiative wird das Programm die bereits existierenden Programme „Lebenslanges Lernen“ und „Jugend in Aktion“, sowie externe Maßnahmen zusammenführen, um eine Unterstützung des Programms im Sinne der Ziele von „Jugend in Bewegung“ zu schaffen und zu integrieren.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Jugend	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Förderung der Lernmobilität junger Menschen (L)	Als Teil der „Jugend in Bewegung“-Initiative will die Empfehlung Aktionen der MS zur Erhöhung der Lernmobilität und zum Beseitigen von Hindernissen vorschlagen.
--------	---	--

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

2.3 Finanzen

Kernthemen im Bereich Finanzen im Jahr 2010 sind nach wie vor Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise und Neugestaltung der Finanzmarktarchitektur. Die angekündigten Maßnahmen werden auch wesentliche Implikationen für andere Politikbereiche haben, insbesondere den Wirtschaftsbereich. Zudem wird die Kommission darlegen, wie eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU aussehen soll. Als Basis hierfür sollen die Möglichkeiten des Stabilitäts- und Wachstumspakts viel stärker als früher genutzt werden.

Zudem steht eine Reform des EU-Haushalts an, die insbesondere den Prioritäten der EU 2020-Strategie sowie den Defiziten bei den Kohäsionsfonds Rechnung tragen soll. Die Kommission wird hierzu die lang erwartete Halbezeitbilanz (Midterm review) vorlegen, die Aufschluss darüber geben wird, wie der Haushalt für die kommende Haushaltsperiode 2014-2020 in der Zukunft aussehen wird.

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Finanzen	Mitteilung über die Einrichtung eines Systems verstärkter wirtschaftspolitischer Überwachung und Abstimmung sowie mehr politischer Einflussnahme im Euro-Raum (2. Quartal) (M)	Mit ihrer Mitteilung will die Kommission Instrumente vorstellen, mit denen die Stabilität und Kohäsion innerhalb der Eurozone wiederhergestellt werden kann. Die Instrumente, die in Umsetzung des Art. 136 AEUV vorgeschlagen werden, sollen auf dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der EU-2020-Strategie aufbauen.
Finanzen	Revision der Einlagensicherungsrichtlinie (2. Quartal) (L)	Ziel der Revision ist die weitere Verbesserung des Verbraucherschutzes durch Harmonisierung der Einlagensicherung für Bankguthaben auf einheitlich 100.000 EUR sowie die Verbesserung der Effizienz der Einlagensicherungsrichtlinie. In diesem Zusammenhang stehen auch die Institutssicherungssysteme im deutschen Genossenschafts- und Sparkassensektor zur Disposition.
Finanzen	Revision der Marktmissbrauchsrichtlinie (4. Quartal) (L)	Ziel des Vorhabens ist die Verbesserung der Marktsicherheit durch Definition von Fallgruppen des Marktmissbrauchs und durch Schaffung von Ermittlungs- und Sanktionsmöglichkeiten für die Aufsichtsbehörden. Auch die einheitliche Anwendung des neuen Rechtsrahmens soll sichergestellt werden.
Finanzen	Mitteilung über einen EU-Rahmen für grenzüberschreitendes Krisenmanagement im Bankensektor (4. Quartal) (M)	Die Kommission wird einen – voraussichtlich dreigliedrigen – Vorschlag zur Lösung grenzüberschreitender Bankenkrise vorlegen, der auch einheitliche Insolvenzregeln umfassen soll. Ziel ist dabei das finanzielle Risiko des Steuerzahlers zu reduzieren.
Finanzen	Weitere Verschärfung der Eigenkapitalrichtlinie für Banken, sog. CRD IV (4. Quartal) (L)	Die Revision umfasst das Hebelübersetzungsverhältnis, das sog. „dynamic provisioning“, Liquiditätsbestimmungen, Prozyklizitätspuffer, eine Definition des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, systemrelevante Finanzinstitute und Kreditausfallrisiken.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

		Ziel ist eine Anpassung des Regelungsrahmens im Lichte der Finanzkrise und im Interesse verbesserter finanzieller Stabilität in der EU; Bsp.: Verpflichtung von Banken zur Bildung dynamischer Kapitalpuffer in wirtschaftlich ertragreichen Zeiten.
Finanzen	Mitteilung zu Optionen betr. die Einrichtung eines sog. Bankenrettungsfonds (2. Quartal) (M)	Das Papier wird Optionen für den Europäischen Rat zur Einrichtung eines "Bankenrettungsfonds" als Krisenbewältigungswerkzeug aufzeigen. Es steht im Licht des im April vorgelegten Berichts des IWF zur Frage einer Bankenabgabe.
Haushalt	Reform des EU- Haushalts (3. Quartal) (M)	In Erfüllung des bereits aus 2005 herrührenden Auftrages des Europäischen Rates zur Vorlage eines Reformpapiers für den Europäischen Haushalt, das sowohl die Ausgabenseite als auch das Eigenmittelsystem der EU betrifft, soll es nach Verstreichen der für 2009 gesetzten Frist nun eine offizielle Vorlage geben. Neben einer Analyse des derzeitigen Finanzrahmens wird insbesondere ein Vorschlag dazu erwartet, wie das Finanzsystem zukünftig besser an die politischen Prioritäten der Union, insbesondere der EU 2020-Strategie angepasst werden kann. Das Reformpapier bildet den Auftakt zur Diskussion über den neuen Finanzrahmen 2014-2020, für den die Arbeiten Anfang 2011 beginnen.

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Finanzen	Vorschlag für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen	Vorschlag für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen mit Abstecken der haushalterischen Prioritäten für den kommenden Zeitraum ab 2014.
Finanzen	Bericht über die Funktionsweise des interinstitutionellen Abkommens (L)	Dieser Bericht wird eine sorgfältige Auswertung der Funktionsweise des derzeit gültigen interinstitutionellen Abkommens – in Übereinkunft mit Erklärung Nummer 1 des interinstitutionellen Abkommens – vornehmen, und ggf. entsprechende Änderungs-vorschläge enthalten.
Finanzen	Legislativvorschlag über einen Rahmen für Krisenmanagement und Beschlussfassung (L)	Diese Initiative ist Fortschreibung der 2010 Mitteilung und soll dazu beitragen ein wirksames Krisenmanagement zu schaffen.
Finanzen	Richtlinie zur Änderung mehrerer Finanzdienstleistungsrichtlinien im Rahmen der Spezifizierung der Kompetenzen der Europäischen Aufsichtsbehörden („Omnibus II“ Richtlinie) (L)	Angeichts der Einrichtung der neuen Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, der Europäischen Behörde für Versicherungen und betriebliche Altersversorgung sowie der Europäischen Behörde für Wertpapieraufsicht muss die sektorale Rechtssetzung entsprechend angepasst werden. „Omnibus II“ würde Anpassungen für den Versicherungs- und Wertpapiersektor beinhalten.
Finanzen	Gesetzgebung zur Bestimmung eines Enddatums hinsichtlich der Migration zum SEPA-Zahlungssystem (Single Euro Payments Area)	Diese Maßnahme dient der Unterstützung zur dauerhaften Migration zum SEPA-Zahlungssystem indem Enddaten für SEPA-Produkte (Überweisungen und Lastschriftverfahren).

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Steuern	Mitteilung über die Zukunft der MwSt-Strategie (M)	Das Ziel der Mitteilung ist darzulegen, mit welchen Maßnahmen künftig der administrative Aufwand reduziert, Steuerbetrag bekämpft und das geltende System modernisiert und vereinfacht werden kann.
Steuern	Revision der Energiesteuerrichtlinie (L)	Im Zusammenhang mit der Europäischen Strategie EU2020 sowie als wichtiger Bestandteil im Kampf gegen den Klimawandel und zur Sicherung einer nachhaltigeren und ressourceneffizienteren Wirtschaft wird die Revision der Richtlinie zur Ergänzung des Europäischen Emissionshandelsystems (ETS) beitragen und Energieprodukte aufgrund ihres Energiegehalts und der CO2-Bilanz besteuern.
Steuern	Vorschlag für einen Mindeststandardsatz bei der MwSt. ab 2011 (L)	Der derzeit geltende Mindeststandardsatz bei der MwSt. läuft zum 31. Dezember 2010 aus und es wird die Fortsetzung des geltenden Niveaus vorgeschlagen.
Steuern	Grünbuch für eine neue Mehrwertsteuerstrategie (M)	Konsultationsdokument über eine neue MwSt.-Strategie, die sich der neuen ökonomischen Realität anpasst und unter Berücksichtigung bemerkenswerter neuer Entwicklungen in den IT Technologien. (Ziel ist die Annahme der Mitteilung zur "Neuen MwSt.-Strategie" im 2. HJ. 2011).
Steuern	Mitteilung zur Koordinierung von Erbschaftssteuern (M)	Ziel ist die Koordinierung der Erbschaftsbesteuerung zwischen den Mitgliedstaaten zu befördern, um Doppelbesteuerungen bzw. doppelte Nichtbesteuerung in grenzüberschreitenden Situationen zu vermeiden.
Steuern	Legislativvorschlag für eine Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) (L)	Mit dem Vorschlag sollen die Steuerregeln vereinfacht werden, so genannte „compliance costs“ (Befolgungskosten) reduziert und Steuerhürden beseitigt werden, die Unternehmen derzeit bei grenzüberschreitenden Geschäften aushalten müssen
Steuern	Überarbeitung der Richtlinie 2003/49/ EG des Rates über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (L)	Der Anwendungsbereich der Richtlinie soll ausgeweitet durch Reduzierung der Beteiligungs-Schwellenwerte, Einbeziehung indirekter Holdings und Überarbeitung des Annexes (Charakter der Unternehmen)

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

2.4 Forschung und Technologie

Die frühere GD Forschung, Technologie und Entwicklung heißt mit der neuen Kommission jetzt GD Forschung und Innovation. Die Umbenennung spiegelt eine deutliche Schwerpunktsetzung im Bereich Innovation wider, die sich derzeit aber noch nicht in den Strukturen der KOM oder in den Programmen niederschlägt. Auch aus diesem Grund wird der für Herbst angekündigte Innovationsplan mit Spannung erwartet. Dieser wird auch für viele andere Bereiche außerhalb der Forschung wichtige Weichen stellen.

Mit dem Jahr 2010 haben sowohl auf nationaler Ebene als auch in der KOM die Vorbereitungen auf ein 8. Forschungsrahmenprogramm begonnen. Diese Überlegungen fußen auf den derzeit vorliegenden Sachstandsberichten (Review FP6, Midterm Review FP7, Evaluation ERC) und Strategiepapieren wie EU 2020, und widmen sich zentral den so genannten großen Herausforderungen (Grand Challenges), z.B. Klimawandel, Energie, Alterung der Gesellschaft, Mobilität, Wettbewerbsfähigkeit, Pandemien sowie der Vollendung des Europäischen Forschungsraumes (EFR). Zentrale Instrumente zur Stärkung des Wissensdreiecks werden dabei die KICs (Knowledge and Innovation Communities) des EIT (Europäisches Innovations- und Technologieinstitut) sein, sowie, wenn es nach dem Ansatz der KOM geht, auch Joint Programming Initiativen (europaweite Koordination der Forschungsbereiche). Hierzu gibt es derzeit eine laufende Initiative (Neurodegenerative Krankheiten, speziell Alzheimer), und drei weitere werden im neuen Arbeitsprogramm vorgeschlagen.

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Forschung und Technologie	Mitteilung zu einem Europäischen Plan für Forschung und Innovation (M)	Der Forschungs- und Innovationsplan wird Indikatoren zur Beurteilung/Bewertung von Innovationsleistungen vorschlagen. Er wird z.B. die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer europ. Forschungs- und Innovationspartnerschaft sowie die Optimierung der Rahmenbedingungen skizzieren. Auf der Basis des Reviews des Environmental Technology Action Plan (2004-2009) soll die Öko-Innovation in Bezug zum Forschungs-Innovationsplan gestellt werden.

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Forschung und Technologie	Mitteilung der EU zu Raumfahrtaktivitäten (M)	Die Mitteilung wird die Schwerpunkte und Hauptaktivitäten eines künftigen Raumfahrtprogrammes, welches in der nächsten finanziellen Periode implementiert werden soll, beschreiben. Das Programm soll die fundamentalen Herausforderungen angehen und dabei auf den Ergebnissen im Kontext von GALILEO, GMES and FP7 Space Themen aufbauen (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.9 (Wirtschaft)).

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Forschung und Technologie	Verordnungsvorschlag für die Etablierung eines Wettbewerbs- und Innovationsrahmenprogramms 2014 (CIP II) (V)	Das Hauptziel des Programms ist die Verbesserung von Wettbewerb und nachhaltigem Wachstum. Im Besonderen soll die Anpassung der Industrie an strukturelle Veränderungen beschleunigt werden, und ein innovationsfreundliches Umfeld für diese Initiativen sowie unternehmerische Aktivitäten in der Union speziell für KMU geschaffen werden (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.9 (Wirtschaft)).
Forschung und Technologie	Verordnungsvorschlag für die Etablierung eines europäischen Erdbeobachtungsprogramms (GMES) (V)	Im Rahmen der nächsten finanziellen Vorausschau konzentriert sich der Vorschlag im Besonderen auf programmatische und finanzielle Aspekte der GMES-Dienste und Infrastruktur-Komponenten. Er wird sich auch mit dem rechtlichen Rahmen der Implementierung befassen.
Forschung und Technologie	Verordnungsvorschlag für die Etablierung eines europäischen Raumfahrtprogramms (V)	Auf der Grundlage des Art. 189 AEUV will die EU ein europ. Raumfahrtprogramm etablieren. Ziel des Programms wird die Implementierung der europ. Raumfahrtpolitik sein, welches komplementär zu den nationalen und den ESA-Aktivitäten sein wird. Es wird Bezug nehmen auf GALILEO, GMES and FP7 Space Themen (siehe auch Ausführungen unter Nr. 9 (Wirtschaft)).
Forschung und Technologie	Mitteilung zur Überprüfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Nanomaterialien (M)	Diese Mitteilung geht zurück auf eine Verpflichtung der KOM aus dem Jahr 2008. Seinerzeit hatte sich die KOM verpflichtet, die EU-Institutionen über die Entwicklungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Nanomaterialien und ihre Implementierung zu informieren (siehe auch Ausführungen unter Nr. 9 (Wirtschaft)).
Forschung und Technologie	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu einer Joint Programming Initiative mit dem Themenschwerpunkt "Agrikultur, Lebensmittelsicherheit und Klimawandel" (M)	Wie schon in der EU 2020-Mitteilung angekündigt, wird die KOM weiter mit den MS an der Vollendung des Europäischen Forschungsraumes (EFR), im Besonderen durch Joint Programming Initiativen, arbeiten. Der Themenkomplex "Agrikultur, Lebensmittelsicherheit und Klimawandel" ist dabei als besondere gesellschaftliche Herausforderung identifiziert worden.
Forschung und Technologie	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu einer Joint Programming Initiative mit dem Themenschwerpunkt "Gesundheit, Lebensmittel und Prävention von ernährungsbedingten Krankheiten" (M)	Wie schon in der EU 2020-Mitteilung angekündigt, wird die KOM weiter mit den MS an der Vollendung des Europäischen Forschungsraumes (EFR), im Besonderen durch Joint Programming Initiativen, arbeiten. Der Themenkomplex "Gesundheit, Lebensmittel und Prävention von ernährungsbedingten Krankheiten" ist dabei als besondere gesellschaftliche Herausforderung identifiziert worden.
Forschung und Technologie	Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu einer Joint Programming Initiative mit dem Themenschwerpunkt „Kulturelles Erbe, Klimawandel und Sicherheit“ (M)	Wie schon in der EU 2020-Mitteilung angekündigt, wird die KOM weiter mit den MS an der Vollendung des Europäischen Forschungsraumes (EFR), im Besonderen durch Joint Programming Initiativen, arbeiten. Der Themenkomplex "Kulturelles Erbe, Klimawandel und Sicherheit" ist dabei als besondere gesellschaftliche Herausforderung identifiziert worden.
Forschung und Technologie	Verordnungsvorschlag für das 8. Forschungsrahmenprogramm (V)	Dieser Vorschlag bezieht sich auf die Förderperiode 2014-2020. Er wird die Hauptlinien vorzeichnen, wobei die Details in einer Reihe von Vorschlägen für spezifische Programme und Beteiligungsregeln festgelegt werden wird.
Forschung und Technologie	Mitteilung zu einem umfassenden Aktionsplan zur Entwicklung des EFR (M)	Die Mitteilung definiert die nächsten Schritte zur Implementierung des Forschungs- und Innovationsplans, und wird steht in engem Zusammenhang mit den Vorbereitungen für das 8. FRP.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Forschung und Technologie	Mitteilung für eine ressourcen-effizientes Europa und eine nachhaltige grüne Bio-Ökonomie (M)	Das Ziel ist es, die Bereiche Forschung, Innovation und Bildung zu mobilisieren, und den Weg zu einem ressourcen-effizienten Europa zu bereiten. Gleichzeitig soll eine Vision und ein Aktionsplan für eine nachhaltige und innovative Bio-Ökonomie vorgelegt werden.
Forschung und Technologie	Verordnungsvorschlag für eine strategische Innovations-Agenda des EIT und Änderungen der EIT-Verordnung (V)	Der Vorschlag wird die Bereiche Governance, Handlungsfelder und Ressourcen für die nächsten 7 Jahre umfassen.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

2.5 Justiz und Inneres

Die Planung der Kommission in diesem Sektor steht ganz im Zeichen des Stockholmer Programms, das der Europäische Rat am 11. Dezember 2009 verabschiedet hat. Es handelt sich dabei um ein strategisches Arbeitsprogramm der Union für den Zeitraum 2010 bis 2014, das das politische Gerüst für Maßnahmen der Union im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht vorgibt. Das Programm stellt den Bürger in den Mittelpunkt: Ziel ist es, mit den zu treffenden Maßnahmen einen für die Unionsbürger tatsächlich spürbaren Mehrwert zu schaffen. Die Grundfreiheiten und die Integrität des Einzelnen sollen gewahrt und zugleich die Sicherheit in Europa gewährleistet werden. Das Programm nennt sechs Prioritäten: Förderung der Grundrechte, ein Europa als Raum des Rechts und der Justiz, ein Europa als Raum des Schutzes, Zugang zu Europa in einer globalisierten Welt, ein Europa der Verantwortung, der Solidarität und der Partnerschaft in Migrations- und Asylfragen und die Rolle Europas in der globalisierten Welt. Der Aktionsplan nennt konkrete Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen.

Im justiziellen Bereich sind der Grundrechtsschutz, die Durchsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen und die Harmonisierung von Straf- und Strafverfahrensrechten prioritär. Im Bereich des Inneren wird die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems bis 2012 angestrebt. Ein weiteres wichtiges Thema ist der Datenschutz im Zusammenhang mit der Kriminalitätsbekämpfung. Mit einer Mitteilung zur Internen Sicherheitsstrategie sollen in Anlehnung an den Aktionsplan zum Stockholmer Programm vorrangige Ziele identifiziert und Handlungsschwerpunkte entwickelt werden.

Anlage I – Strategische Initiativen deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Justiz/Inneres	Aktionsplan zur Umsetzung des Stockholmer Programms (M, bereits verabschiedet am 20.04.2010)	Der Aktionsplan wird konkrete Maßnahmen (Art, Inhalt und Zeitplan) zur Erreichung der im Stockholmer Programm genannten Ziele nennen. Die neue Kommission wird einführend aus ihrer Sicht die Prioritäten des Programms vorstellen und ihren politischen Fokus herausstreichen.
Justiz	Überarbeitung der Verordnung EG 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I) (LVO)	Mit der Änderung soll das Exequaturverfahren (das Verfahren der Zulassung ausländischer Vollstreckungstitel oder Schiedssprüche zur Zwangsvollstreckung im Inland) in Zivil- und Handelssachen abgeschafft, der Anwendungsbereich auf Situationen mit Drittstaatenbeziehungen ausgeweitet und die Zusammenarbeit verbessert werden.
Justiz	Mitteilung zum Europäischen Vertragsrecht – Methoden zur Annahme eines Europäischen Referenzrechtsrahmens (M)	Die Mitteilung will einen Prozess hin zur Schaffung eines Europäischen Vertragsrechts als optionaler 28. Rechtsordnung oder sogar hin zu einem Europäischen Bürgerlichen Gesetzbuch in Gang setzen. Auf diese Weise sollen gemeinschaftliche Regelungen zu grenzüberschreitenden Konstellationen geschaffen werden, die standardisierte Bedingungen garantieren, um kleinen Unternehmen neue Märkte zu eröffnen.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Justiz/Inneres	Neue umfassende rechtliche Rahmenbedingungen zum Datenschutz (L)	Die Europäische Datenschutzrichtlinie von 1995 muss an die technologischen Entwicklungen angepasst werden. Darüber hinaus muss der Datenschutz in Zusammenhang mit Unionsmaßnahmen gewährleistet sein. Bei der Neufassung ist der Wegfall der vormaligen Säulenstruktur mit der Unterscheidung zwischen dem Gemeinschaftsrecht und dem Rechtsrahmen im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zu berücksichtigen. Die Initiative soll im November 2010 angenommen werden.
Innen	Mitteilung zur Stärkung der Krisenreaktionskapazität (M)	Die Mitteilung nennt Optionen zur Stärkung der europäischen Krisenreaktionskapazität und der Vorbereitungskapazitäten innerhalb und außerhalb der Union. Dies betrifft den Katastrophenschutz, Katastrophenhilfe und zivil-militärische Zusammenarbeit. Die Verabschiedung ist für November 2010 angekündigt.

Anlage II– Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Justiz	Grünbuch zur Anwendung alternativer Methoden zur Streitbeilegung (M)	Die Stärkung der Mediation wird die Zufriedenheit der Verbraucher in Bezug auf grenzüberschreitende Käufe erhöhen und zur Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes beitragen.
Inneres	Mitteilung über einen globalen Ansatz zum Austausch von Fluggastdaten mit Drittstaaten (M)	Die Mitteilung wird eine Politik für einen unionsweiten Ansatz für die Nutzung von Fluggastdaten zum Zwecke der Strafverfolgung und zum Austausch von Daten mit Drittstaaten skizzieren. Möglicherweise wird die Mitteilung von einem Vorschlag für eine Rechtssetzungsinitiative hinsichtlich europäischer Fluggastdaten begleitet. Die Vorlage ist für September 2010 geplant.
Justiz/Medien	Vorschlag über strafrechtliche Sanktionen zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum (L)	Der Vorschlag verfolgt das Ziel der Schaffung eines flächendeckenden Sanktionssystems durch Festlegung von Urheberrechtsverletzungen als Straftat. Der Vorschlag wird Definitionen, Tatbestände und Strafrahmen enthalten.
Justiz	Mitteilung über eine neue integrierte Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels und über Maßnahmen des Opferschutzes (M)	Die Mitteilung wird einen umfassenden politischen Rahmen festlegen, innerhalb dessen die Union Maßnahmen zur Prävention und zur Verfolgung des Menschenhandels (strafrechtliche Verfolgung von Tätern und verbesserter Schutz und bessere Hilfestellung für Opfer) treffen kann.
Justiz	Mitteilung zur Grundrechtspolitik (M)	Die Mitteilung wird das europäische System des Grundrechtsschutzes darlegen und den Ansatz der KOM zur Sicherung der Durchsetzung der Charta der Grundrechte innerhalb aller Unionspolitiken vorstellen. Zukünftig sollen alle Folgenabschätzungen ein Kapitel zum Grundrechtsschutz enthalten. Anhand eines jährlichen Berichts soll die Umsetzung und Beachtung der Grundrechtecharta überwacht werden.
Justiz	Vorschlag für ein umfassendes System zur Erlangung von Beweisen in Strafverfahren auf der Grundlage des Grundsatzes	Die Maßnahme soll über die Reichweite des bestehenden Rahmenbeschlusses über die Europäische Beweisverordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen vom 18.12.2008 hinaus gehen und sich auf

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

	zes der gegenseitigen Anerkennung (Europäische Ermittlungsanordnung) (L)	alle Arten von Beweisen beziehen.
Justiz	Vorschlag zur Einführung gemeinsamer Standards zur Erlangung von Beweisen in Strafverfahren und zur Sicherung deren Zulässigkeit (L)	Die Maßnahme dient der Schaffung einheitlicher Voraussetzungen für eine umfassende Beweiserhebung auf der Grundlage des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung. Grundlage ist die Harmonisierung der nationalen Regelungen zur Beweiserhebung. Die Initiative basiert auf dem Grünbuch zur Erlangung verwertbarer Beweise in Strafsachen aus einem anderen Mitgliedstaaten (vom 11.11.2009, KOM (2009) 624).
Justiz	Vorschlag für eine Richtlinie zu den Rechten und zum Schutz der Opfer von Straftaten (L/RL)	Es soll ein einheitliches Rechtsinstrument zum Opferschutz geschaffen werden. Die bestehenden Rechtsinstrumente des Rates vom 15. März 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren (2001/220/JI) und die Richtlinie des Rates vom 29.04.2004 (2004/80/EG) zur Entschädigung der Opfer von Straftaten sollen evaluiert und in dem neuen Richtlinien-vorschlag zusammengeführt werden.
Justiz	Grünbuch zur Haft (M)	Das Grünbuch soll Überlegungen zur Stärkung und Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung in Zusammenhang mit Haftsachen/-bedingungen anregen. Beispiele guter Praktiken sollen ausgetauscht werden und Europäische Regelungen zur Haft, die vom Europäischen Rat anzunehmen sind, umgesetzt werden.
Inneres	Mitteilung zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (M)	Die Mitteilung soll einen gemeinschaftlichen Ansatz vorstellen, der es ermöglicht, die bestehenden rechtlichen und finanziellen Instrumente besser zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu nutzen.
Inneres	Maßnahmenpaket Asyl und Migration a) Richtlinie zu den Bedingungen für den Zugang von Drittstaatsangehörigen im Rahmen von innerbetrieblichen Versetzungen (L) b) Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen als Saisonarbeitnehmer (L)	Der Vorschlag ist Teil des Strategischen Plans zur legalen Zuwanderung aus 2005 und wird allgemeine Verfahren zur Regelung der Einreise, des befristeten Aufenthalts und der Wohnsitznahme in der EU für innerbetrieblich versetzte Arbeitnehmer aus Drittstaaten enthalten. Ziel ist die Einführung eines transparenten und vereinfachten Zugangsverfahrens für diese Arbeitnehmer. Der Vorschlag war bereits im Arbeitsprogramm des vergangenen Jahres enthalten, wurde jedoch nicht vorgelegt. Der Vorschlag zielt auf einheitliche Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für Saisonarbeitnehmer aus Drittstaaten ab und ist ebenfalls Teil eines Maßnahmenpakets aus dem Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung aus 2005. Abgestellt wird vor allem auf einen sicheren Rechtsstatus für die Arbeitnehmer und verstärkten Schutz vor Ausbeutung. Auch soll der Ansatz der zirkulären Migration unterstützt werden. Der Vorschlag war bereits im Arbeitsprogramm des vergangenen Jahres enthalten, zur Vorlage kam es jedoch nicht.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

	c) Änderung der Richtlinie 2004/114/EG über die Bedingungen für die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst d) Mitteilung zu einem Aktionsplan zu unbegleiteten Minderjährigen (M) e) Bericht zu Migration und Asyl (M) f) Grünbuch zum Recht der Familienzusammenführung (M) g) Mitteilung zur erhöhten Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten (M) h) Änderung der Richtlinie 2003/86/EG des Rates betreffend das Recht auf Familienzusammenführung (L) i) EU-Migrationskodex (L)	Der Vorschlag will die bei der Anwendung festgestellten Schwachstellen aufgreifen und den Anwendungsbereich auf Lehrlinge und Au-Pairs ausweiten. Die Mitteilung will Antworten auf die Herausforderungen geben, vor denen EU-Mitgliedstaaten durch den Zustrom einer bedeutenden Zahl von unbegleiteten Minderjährigen im Rahmen der Flüchtlingsproblematik stehen. Der Aktionsplan soll die vorhandenen legislativen und finanziellen Instrumente ergänzen und die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Herkunftsländern stärken. Der Punkt „unbegleitete Minderjährige“ ist ein Thema der aktuellen spanischen Präsidentschaft. Die Mitteilung ist für Mai 2010 avisiert. Der Bericht, der erstmalig vorgelegt wird, hat seinen Ursprung im Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl und soll ein Beitrag zur jährlichen Erörterung der Thematik im Europäischen Rat sein. Er wird begleitet von Vorschlägen zu Empfehlungen zur weiteren Umsetzung des Pakts. Der Bericht soll im Mai 2010 durch die KOM verabschiedet werden. In Folge des Berichts über die Einführung des Richtlinie 2003/86/EG des Rates betreffend das Recht auf Familienzusammenführung wird die KOM mit dem Grünbuch eine umfassende Konsultation zur künftigen Regelungsbedarf betreffend das Recht der Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen in Gang setzen. Es soll ein umfassendes Rahmenwerk vorgelegt werden, das abstellt auf die bessere Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten an der Verantwortung der EU, die sich durch die Aufnahme von Asyl bzw. internationalen Schutz suchenden Personen ergibt. Folgemaßnahme zum Grünbuch (siehe lit. e) Vorgesehen ist die Konsolidierung aller Rechtsetzungsinstrumente im Bereich Migration. Hierbei wird der entsprechende Anfrage aus dem Stockholmer Programm aufgegriffen (s. dort Ziff. 6.1.1). Begonnen werden soll mit dem Bereich der legalen Migration.
--	---	---

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

2.6 Landwirtschaft ☐ Fischerei und Verbraucherschutz

Das Jahr 2010 steht ganz im Zeichen der Diskussion um die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Am 12. April wurde eine öffentliche Debatte zur zukünftigen GAP durch Agrarkommissar Ciolos eingeleitet. Nach Auswertung der im Konsultationsverfahren eingegangenen Beiträge, wird die Kommission zum Ende des Jahres eine Mitteilung mit den Eckpunkten zur zukünftigen GAP veröffentlichen. Legislative Vorschläge zur GAP 2013 sind erst 2011 zu erwarten.

Bis 2014 werden die Weichen für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 gestellt. Neben Finanzierungsfragen und Kriterien für die Direktzahlungen und die ländliche Entwicklung, wird es auch um die Ausgestaltung zukünftiger Marktmaßnahmen und den Milchmarkt gehen. Dabei soll die GAP kohärent mit den Zielen der EU 2020-Strategie einhergehen. Darüber hinaus wird die Kommission Vorschläge erarbeiten, in welcher Form die Entscheidungen über den Anbau gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in die Kompetenz der MS gegeben werden könnten. Im Fischereibereich steht neben Legislativvorschlägen für einzelne Fischarten die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ganz oben auf der Agenda.

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Landwirtschaft	Mitteilung zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2013 (M)	Ausgehend von den Ergebnissen der öffentlichen Debatte wird die Kommission erste Eckpunkte für die GAP 2013 zunächst in einer Mitteilung darlegen. Die Mitteilung wird erst nach Vorlage der Vorausschau des Haushalts veröffentlicht werden und wird keine präjudizierenden Auswirkungen auf den mehrjährigen Finanzrahmen, der 2011 vorgelegt werden wird, haben.

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Landwirtschaft	Legislative Vorschläge für eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 (L)	In 2011 sollen im Anschluss an die Mitteilung der KOM legislative Vorschläge für die GAP nach 2013 vorgelegt werden.
Landwirtschaft	Qualität von Agrarerzeugnissen (L/M)	- Neufassung des Rechtsrahmens für geografische Herkünfte - Machbarkeitsprüfung für die Einführung besonderer vorbehaltener Herkunftskennzeichnungen wie z.B. „Produkte aus Berglandwirtschaft“ - Festlegung von generellen Vermarktungs- und Kennzeichnungsstandards - Leitlinien für ein Zertifizierungssystem zur Qualität von Agrarprodukten
Landwirtschaft	Legislative Vorschläge im Nachgang zur Mitteilung der KOM „Bessere Ausrichtung der Beihilfen für Landwirte in Ge-	Der Erhalt und die Unterstützung des ländlichen Raums sowie einer nachhaltigen Landwirtschaft sollen die Grundlagen zur Förderung von Gebieten mit naturbedingten Nachteilen bilden. Dies stellt einen wesentlichen Bestandteil im Bereich der

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

	bieten mit naturbedingten Nachteilen“ (Benachteiligte Gebiete) (L)	ländlichen Entwicklung dar.
Landwirtschaft	Maßnahmen, die sich aus den Ergebnissen der Hochrangigen Expertengruppe Milch ergeben (L/M)	Nachdem die Hochrangige Expertengruppe im Juni 2010 ihren Bericht vorgelegt hat, sollen legislative Vorschläge und nicht-legislative Initiativen folgen.
Verbraucherschutz	Rechtsvorschriften zur Tiergesundheit (L)	Die neuen Rechtsvorschriften zur Tiergesundheit sollen helfen, eindeutiger regulatorische Strukturen innerhalb der EU zu schaffen.
Verbraucherschutz	Neue Richtlinien zum Anbau von Gentechnisch veränderten Organismen (GVO)	Die Kommission will eine Initiative starten, wonach der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in die Entscheidungsgewalt eines jeden MS gelegt werden soll. Hierzu sollen bereits noch im Juni 2010 politische Leitlinien veröffentlicht werden.
Verbraucherschutz	Bericht über die Umsetzung der Regulierungen zum Transport von Tieren (M)	Die Verpflichtung zur Vorlage des Berichtes an den Rat und das EP ergibt sich aus Artikel 32 der VO (EG) Nr. 1/2005 zum Schutz von Tieren während des Transports. Wenn erforderlich, sollen begleitend zum Bericht legislative Vorschläge unterbreitet werden.
Verbraucherschutz	Mitteilung zur 2. EU-Strategie zum Schutz von Tieren (2011-2015) (M)	Künftige EU Regelungen sollen in einem integrierten, strategischen Ansatz zusammengeführt werden. Damit wird dem Anliegen von Stakeholdern und dem EP nach einer EU-Tierschutzpolitik auch unter Berücksichtigung aller Kosten und Wettbewerbsfragen entsprochen.
Fischerei	Vorschlag für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) (L)	Das Paket zur GFP-Reform soll Vorschläge enthalten für: • die GFP-Basisverordnung einschl. Aquakultur; • die Verordnung der gemeinsamen Marktorganisation; • die finanzielle Dimension der neuen GFP; • Technische Maßnahmen
Fischerei	Verordnungen zu Fischereimöglichkeiten 2011 (L)	Die Verordnungen beziehen sich auf die Fangmöglichkeiten in Ostsee, Schwarzem Meer, Atlantik, Nordsee sowie auf Tiefsee-Arten in 2011/2012.
Fischerei	Verordnungen zu Mehrjahres-Management- oder Wiederauffüllungsplänen für einzelne Fischarten, wie z. B. Ostseelachs, Roter Thun, Schellfisch oder Hering in der Keltischen See (L)	Für z. B. Schellfisch und Hering sollen die jährlichen TACs (Fangquoten) so festgelegt werden, dass das Ziel des maximalen Ertrags bei diesen Beständen auch erreicht wird.
Fischerei	Novellierung der Verordnung 1098/2007 zum Mehrjahresplan für den Ostseedorsch (L)	In der Verordnung sind die entsprechenden Managementmaßnahmen festgelegt.
Fischerei	Verordnung für ein Langzeitmanagement für Seezunge und Scholle in der Nordsee (L)	Das Langzeitmanagement für Seezungen und Scholle in der Nordsee soll überarbeitet werden. Die neuen Ziele sollen die Ergebnisse der Umsetzung des ersten Managementplans berücksichtigen.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

2.7 Medien und Informationsgesellschaft

„Eine digitale Agenda für Europa“ zählt zu den Leitinitiativen der Kommission zur Umsetzung der Europa 2020-Strategie. Die Initiative schlägt vorrangige Maßnahmen vor, die dazu beitragen sollen, dass das Hochgeschwindigkeits-Internet rascher verbreitet wird und die Möglichkeiten, die die Digitaltechnik Privathaushalten und Unternehmen bieten, in vollem Umfang genutzt werden.

Die EU-Medienpolitik wird mittelfristig von Maßnahmen zur Umsetzung der Digitalen Agenda, den Diskussionen um die Neuausrichtung der KULTUR- und MEDIA-Förderprogramme und Fragen des Urheberrechts bestimmt werden. Angesichts der langwierigen Debatte zur Internetsperre bei Urheberrechtsverletzungen, die 2009 die Annahme des Telekommunikationspakets verzögert hatte, darf man der Diskussion über ein EU-weit harmonisiertes strafrechtliches Sanktionsregime zum Schutz gegen Urheberrechtsverletzungen gespannt entgegen sehen.

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Medien/Telekommunikation	Mitteilung zur Digitalen Agenda (M)	Die Mitteilung zielt auf die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie als Schlüsseltechnologie zur Erreichung einer konkurrenzfähigen europäischen Wirtschaft ab. Sie wird einen integrierten Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft bieten und konkrete Maßnahmen bspw. für die Verbreitung des Hochgeschwindigkeitsinternetzugangs nennen. In diesem Zusammenhang wird die KOM eine Mitteilung zur Breitbandstrategie vorlegen, die den politischen Rahmen für einen flächendeckenden Breitbandanschluss und verstärkte Investitionen für den Zugang zu Technologien der nächsten Generation vorgibt. (Sie auch Ausführungen unter 2.9 (Wirtschaft)).

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Medien	Mitteilung zu Chancen und Herausforderungen für das europäische Kino in der Digitalen Ära (M)	Auf einer öffentlichen Konsultation aufbauend, wird die KOM die Situation des Marktes für digitales Kino und die hierauf gerichteten Politiken der KOM analysieren. Die KOM wird die Förderung der Digitalisierung des Kinos durch das MEDIA-Programm skizzieren.
Medien	Vorschlag der KOM für eine Entscheidung des EP und des Rates zum Kultur- und Medienprogramm (L)	Der Vorschlag wird auf den aus dem Kulturprogramm während des Zeitraums 2007-2013 und dem MEDIA 2007-Programm gewonnen Erfahrungen basieren und eine entsprechende Neugestaltung der Programme beinhalten.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Medien	Legislativinitiative zu verwaisten Werken der digitalen Büchereien (L)	Die Initiative wird die rechtliche Basis zum Scannen und Einstellen verwaister Werke in (digitale) Büchereien der Union schaffen. Die Initiative soll die Errichtung europäischer digitaler Büchereien vorantreiben.
Medien	Rahmenrichtlinie zur Verwaltung von Gemeinschaftsrechten (L)	Als Teil der Digitalen Agenda wird die Richtlinie Regelungen zur Arbeit der Verwertungsgesellschaften enthalten.
Medien/Justiz	Vorschlag über strafrechtliche Sanktionen zur Durchsetzung der Rechte am geistigen Eigentum (L)	Der Vorschlag verfolgt das Ziel der Schaffung eines flächendeckenden Sanktionssystems durch Festlegung von Urheberrechtsverletzungen als Straftat. Der Vorschlag wird Definitionen, Tatbestände und Strafraumen enthalten.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

2.8 Umwelt ☐ Energie und Meeresspolitik

Die dauerhafte Sicherung der biologischen Vielfalt prägt das Jahr 2010. Hierzu sollen in einer EU-Strategie zur Biodiversität konkrete Ziele entwickelt werden, die die Sicherung der biologischen Vielfalt wie auch die Berücksichtigung von Ökosystemdienstleistungen beinhalten soll. Darüber hinaus sollen die Anliegen in andere Politikbereiche integriert werden. Die Energiepolitik bleibt auch 2010 weit oben auf der Europäischen Agenda. Als Strategische Initiative plant die Kommission ein Paket aus verschiedenen Maßnahmen um die Infrastruktur, insbesondere die Netze für die leitungsgebundenen Energien nachhaltig zu verbessern.

Weiterhin wird die Bekämpfung des Klimawandels das entscheidende Thema der kommenden Jahre sein. Dabei wird es sowohl um weitere Reduzierungspotentiale von Treibhausgasemissionen aber auch um Anpassungsstrategien an den Klimawandel gehen. Vor allem aber will die KOM die Reduzierung von CO₂ vorantreiben und die EU hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft führen. Im Energiebereich wird mit Spannung der Energieaktionsplan 2011 – 2020 mit den wichtigsten Strategien der kommenden Jahre erwartet. Für den Um- und Ausbau der Energienetze plant die Kommission die Vorlage eines Legislativvorschlages zu „Smart“-Netzen. Darüber hinaus stehen dieses Jahr u. a. die Themen Energieeffizienz, radioaktive Abfälle oder das Niedrig-Kohlenstoff-System auf der Tagesordnung. Neu im Bereich der Meeresspolitik ist der Politikansatz „blaues Wachstum“. Fortgeführt werden soll die regionale Umsetzung der Meeresspolitik, 2010 im Bereich der Nordsee und des Atlantiks. Darüber hinaus soll die weitere Entwicklung der Meeresspolitik auch eine gewisse finanzielle Unterstützung erhalten.

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Umwelt	Mitteilung über eine neue EU-Strategie zur Biodiversität nach 2010 (M)	In der Mitteilung sollen die notwendigen Maßnahmen unter Beachtung der erforderlichen internationalen Bemühungen und der bestehenden Belastungen auf die Ökosysteme dargelegt werden. Die Strategie wird eine Reihe von Zielen in Abhängigkeit von den entsprechenden Maßnahmen benennen. In die Analyse werden sowohl die Belastungen (wie z.B. Raubbau, Klimawandel, Änderungen der Flächennutzung/Parzellierung und invasive Arten) aber auch die Ökosysteme (Wald, Wasser, Meer etc.) einbezogen werden. Die Betrachtung soll verschiedene spezifische Politikbereiche, wie z.B. die Landwirtschaft und Fischerei umfassen, um so fokussierte und wirksame Lösungen zu erhalten.
Energie	Energie Infrastruktur Paket: • Mitteilung zum Energie-Infrastruktur-Horizont 2020/30 • Arbeitsdokument der Kommission zur Energieinfrastruktur • Mitteilung zur Vorbereitung einer Blaupause für Offshore-Netze in den nordeu-	In den einzelnen Elementen des Paketes zur Energieinfrastruktur geht es um Investitionserfordernisse, den 10-Jahresplan für das Europäische Netzwerk der Transmissions-Systemoperatoren (ENTSO) sowie um Prioritäten bei Infrastruktur-entwicklung. Weiter geht es um • die Diversifizierung der Gasversorgung (Quellen und Routen) sowie um Infrastruktur für Öl und CO₂. • die Evaluierung der 6 prioritären Infrastrukturprojekte der 2. Überprüfung

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

	ropäischen Meeren • Bericht zum <i>status quo</i> von intelligenten Netzen (M)	der Energiestrategie, einschl. der Gas- und Stromverbindungen im Mittelmeergebiet. • die Visionen des Offshore-Netzes 2020/2030 sowie mehr integrierten Netzlösungen und die intelligenten Netze, für die 2011 ein Legislativvorschlag vorgelegt werden könnten.
--	---	---

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Klima	Initiative zur Erhöhung des Reduktionsziels von 20% auf 30% (L)	Die KOM wird voraussichtlich eine Initiative starten, um das vereinbarte Reduktionsziel für CO ₂ von 20% anzuheben.
Klima	Mitteilung für eine Roadmap zur kohlenstoffarmen Wirtschaft bis 2050 und Betrachtung notwendiger Szenarien für ambitionierte Ziel bis 2030 (M)	Die Mitteilung wird im Rahmen einer Analyse die Meilensteine auf dem Weg zum Jahr 2050 entwickeln, einschließlich der erforderlichen Szenarien des Anspruchsniveaus für 2030, das die Beiträge der entscheidenden klimarelevanten Sektoren einbezieht.
Klima	Vorschlag für eine Revision bestehender legislativer Maßnahmen zur Abschwächung und Anpassung an den Klimawandel (L)	Im Nachgang an das Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel sollen spezifische legislative Vorschläge unterbreitet werden, wie sowohl die Abschwächung des Klimawandels als auch Anpassungsmaßnahmen in verschiedene Politikbereiche und Programme aufgenommen werden können.
Klima	Revision des Beschlusses zum EU-Monitoring von Treibhausgasemissionen	Überarbeitung und Weiterentwicklung bestehender Monitoringsysteme für THG und das Berichtswesen (siehe auch Ausführungen unter 2.9. (Wirtschaft)).
Umwelt	Roadmap für ein ressourceneffizientes und kohlenstoffarmes Europa bis 2020	Es soll ein kohärenter Rahmen für Strategien und Regelungen in verschiedenen Politikfeldern geschaffen werden. Damit die Wirtschaft ressourcenschonender und kohlenstoffärmer wird, ist ein effizienter Umgang mit Materialien und natürlichen Ressourcen erforderlich. Ziel ist die Steigerung der Ressourceneffizienz sowie eine Entkopplung des ökonomischen Wachstums von den Ressourcen und dem Energieverbrauch. Eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wie auch der Energiesicherheit und Ressourcenunabhängigkeit soll bis 2020 erreicht werden.
Umwelt	Richtlinie zur effizienten Nutzung von Wasser in Gebäuden (L)	Das Potenzial für die Einsparung von Wasser in der EU wird auf 40% geschätzt. Es sollen verbindliche Regelungen in Betracht gezogen werden, um die Wassereinsparung in öffentlichen und privaten Gebäuden zu fördern.
Energie	Mitteilung zum überarbeiteten Aktionsplan zur Energieeffizienz (M)	Es geht um Schlüsselmaßnahmen, mit denen das Einsparziel von 20 % bis 2020 erreicht werden kann, höchstwahrscheinlich in den Sektoren Gebäude, Verbraucher und Verkehr. Gesetzliche Maßnahmen sind möglich, z. B. im Bereich der Energiedienstleistung.
Energie	Energie-Aktionsplan 2011-2020	Strategiedokument für die prioritären Aktionen 2011-2020.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Energie	Roadmap für ein Niedrig-Kohlenstoff-Energiesystem bis 2050	Die Mitteilung soll die erforderlichen Schritte zur Erreichung eines Niedrig-Kohlenstoff-Energiesystems bis 2050 aufzeigen.
Energie	Vorschlag für Transparenz und Integrität des Gesamtmarktgeschehens (L)	Im Energie-Handelsmarkt (mindestens für Strom, Gas und ggf. Kohlenstoff) sollen Durchführungsregeln sowie Regeln für Monitoring und Überwachung aufgestellt werden.
Energie	Novellierung der Verordnung für radioaktive Abfälle (L)	Es soll ein Europäischer Rahmen geschaffen werden, um ein sicheres Management von radioaktiven Abfällen EU-weit zu erzielen und aufrechtzuerhalten. Dieser Rahmen soll auf internationalen Sicherheitsprinzipien basieren. Die MS sind aufgefordert, nationale Programme mit Zeitplänen für die Umsetzung aufzustellen.
Energie	Vorschlag für einen Regulationsrahmen von "Smart"-Netzen (L)	In diesem Regulierungsrahmen sollen die verschiedenen Punkte im Zusammenhang mit dem Aufbau der "Smart"-Netze aufgeführt werden, einschl. Datenschutz, Elektrofahrzeuge und offener Netzzugang.
Meerespolitik	MARINES WISSEN 2020: marine Daten und Überwachung für "smartes" Wachstum	Derzeit sind die Zuständigkeiten für die Erhebung von maritimen Daten auf regionale, nationale, öffentliche und private Organisationen verteilt. Der Aktionsplan zum Europäischen Marinen Überwachungs- und Datennetzwerk soll hier für bessere Dienstleistungen sorgen.
Meerespolitik	Verordnung zur Erstellung eines Programms zur weiteren Entwicklung der Integrativen Meerespolitik (IMP) (L)	Die Verordnung soll eine moderate Finanzierung der weiteren Umsetzung der IMP 2011 – 2013 ermöglichen.
Meerespolitik	Mitteilung zu Meeresbassins (Nordsee und Atlantik) (M)	Entsprechend den Initiativen für das Mittelmeer, die Ostsee und die Arktis soll auch für die Nordsee die Umsetzung der IMP vorbereitet werden.
Meerespolitik	Neue Wachstumsquellen aus Meeren und Ozeanen: Mitteilung zu "blauem Wachstum" – einer neuen Vision in Küstenregionen und maritimen Sektoren (M)	Die Mitteilung wird auf einer Studie zu Wachstumsprognosen für Küstenregionen und die maritime Wirtschaft, aufbauen. Dabei soll besonderer Wert auf positive Effekte für Beschäftigungsmöglichkeiten gelegt werden.

2.9 Wirtschaft ☐ Unternehmen und Verkehr

Der Schwerpunkt der im Programm aufgeführten wirtschaftspolitischen Vorhaben liegt auf der Umsetzung der EU 2020-Strategie. Die für das Jahr 2010 angekündigten Vorhaben konkretisieren die dort formulierten Leitinitiativen „Eine digitale Agenda für Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Ein Binnenmarkt für das 21. Jahrhundert“ und die Ankündigung einer „Handelsstrategie für Europa 2020“. Auch die über das Jahr 2010 hinaus geplanten wirtschaftspolitischen Vorhaben beinhalten Vorschläge zur Umsetzung der EU 2020-Strategie. Dies gilt etwa für geplante Maßnahmen zur Förderung einer ökologischeren Wirtschaft oder zur Umsetzung der Digitalen Agenda. Von besonderer Bedeutung für die norddeutsche Wirtschaft sind maritime Vorhaben wie etwa eine Bewertung des Beihilferahmens für den Schiffbau und eine Mitteilung über „Blue Growth“. Auffallend ist, dass die von KOM Almunia während seiner EP-Anhörung angekündigten Beihilfeleitlinien für Seehäfen keine Erwähnung im Arbeitsprogramm finden.

Im Verkehrsbereich ist lediglich das Weißbuch zur Zukunft des Verkehrs in die Anlage I aufgenommen worden. Bislang hat die Kommission in zwei Weißbüchern aus den Jahren 1992 und 2001 die Grundzüge ihrer Verkehrspolitik festgelegt. Die Ziele, die man sich in 2001 und zuletzt bei der Halbezeitbilanz des Verkehrsweißbuchs im Jahre 2006 gesteckt hatte, sind zu einem großen Teil nicht erreicht worden. Dies gilt insbesondere für die Reduzierung der Abhängigkeit des Transports von fossilen Brennstoffen. Die Politik der EU wird sich in den nächsten Jahren auf diesen Bereich schwerpunktmäßig fokussieren. Das Weißbuch für die Zukunft des Transports wird hier die wesentlichen Linien entwickeln. Ein Konsultationsverfahren inklusive einer großen Stakeholderkonferenz hat bereits in 2009 stattgefunden. Der größte Teil der Vorhaben aus dem Verkehrsreich ist in Anlage 2 aufgeführt. Zentrales Vorhaben ist in diesem Zusammenhang die Überprüfung der Transeuropäischen Netze Verkehr und die Neufassung der entsprechenden Richtlinien für den Zeitraum ab dem Jahr 2014. Die Revision der TEN-V wird in das Paket für eine nachhaltige Verkehrspolitik eingegliedert, was deutlich macht, dass die Umweltverträglichkeit des Verkehrs in den nächsten Jahren im Zentrum der Politikentwicklung stehen wird.

Anlage I – Strategische Initiativen ☐ deren Annahme durch die Kommission in 2010 (April bis Dezember) vorgesehen ist

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Wirtschaft	Mitteilung über die Europäische Digitale Agenda (M)	Die Europäische Digitale Agenda zielt darauf ab, das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologie als eine der Schlüsseltechnologien für eine kohlenstoffarme, wissensbasierte und wettbewerbsfähige Wirtschaft auszuschöpfen. Sie wird einen umfassenden Ansatz zum Aufbau einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft verfolgen, der die damit verbundenen Fragestellungen von Angebots- und Nachfrageseite her thematisieren wird. Die Agenda wird konkrete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene benennen, etwa für die Einführung des Hochgeschwindigkeitsinternets, die Schaffung eines echten Binnenmarktes für Online-Waren, -Dienste und -Inhalte, die Förderung der digitalen Kompetenz der Bürger und für die Einführung und Verwendung moderner Online-Dienste (z.B. Behördendienste, Gesundheitsdienste, Smart Home, Sicherheitsdienste) (siehe

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Wirtschaft	Mitteilung über eine „Industriepolitik für das globalisierte Zeitalter“ (M)	auch Anmerkungen unter Nr. 2.7 (Medien und Informationsgesellschaft)). Ziel ist die Entwicklung einer Industriepolitik, die die Voraussetzungen für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie durch den Übergang hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft schafft. Die Mitteilung wird diese übergeordnete Zielsetzung auf konkrete Maßnahmen auf EU-Ebene herunterbrechen. Die KOM wird in enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten ein Rahmenkonzept für eine moderne Industriepolitik erarbeiten, um die Sektoren bei der Einstellung auf diese Herausforderungen anzuleiten und zu unterstützen. Dabei sollen verschiedene zukunftsweisende Politikinstrumente miteinander verknüpft werden (z.B. „intelligente“ Regulierung, ein modernisiertes öffentliches Auftragswesen, Wettbewerbsregeln und Normung). Gleichzeitig soll der Dialog mit den Sozialpartnern gepflegt werden, um die sozialen Folgen des Wandels rechtzeitig zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.
Wirtschaft	Mitteilung über die Erneuerung des Binnenmarktes (M)	Die Mitteilung wird auf den für Ende April 2010 erwarteten Bericht von Mario Monti folgen. Im Oktober 2009 hatte KOM-Präsident Barroso den ehemaligen EU-Binnenmarkt- und Wettbewerbskommissar beauftragt, in einem Bericht Empfehlungen für die Erneuerung des EU-Binnenmarktes als wichtiges strategisches Ziel der neuen Kommission abzugeben. Die Mitteilung wird die EU 2020-Strategie fortzuschreiben und eine Diagnose der Lücken im Binnenmarkt enthalten. Sie wird die Richtung für eine Erneuerung zur vollständigen Nutzung der Potenziale des Binnenmarktes formulieren.
Wirtschaft	Mitteilung über eine „Handelsstrategie für Europa 2020“ (M)	Die Mitteilung wird die strategischen handelspolitischen Prioritäten für die nächsten Jahre formulieren. Sie wird Bezug nehmen auf andere bedeutende wirtschaftspolitische und horizontale EU-Strategien, insbesondere auf die EU 2020-Strategie. Darin hatte die KOM angekündigt, besonderes Augenmerk auf nicht-tarifäre Handelshemmnisse, auf die Öffnung des Handels mit „grünen“ und mit „Hightech“-Produkten und –Dienstleistungen und auf die internationale Normung in Wachstumssektoren legen zu wollen.
Wirtschaft	Fünfter Bericht über die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion (M)	Der Bericht wird auf den Budget Review und damit auf Überlegungen der KOM zur Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens folgen. Die KOM legt Wert darauf, dass der 5. Kohäsionsbericht keine Vorfestlegung im Hinblick auf die für 2011 angekündigten Legislativvorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen beinhalten wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Ausführungen über den Fortschritt der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion von grundlegender Bedeutung für die Diskussion über die künftige Ausgestaltung der Kohäsionspolitik und ihrer Rolle im Verhältnis zu anderen Förderinstrumenten in der nächsten Förderperiode sein werden (siehe auch Ausführung unter Nr. 2.1. (Regionalpolitik)).

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Verkehr	Weißbuch zur Zukunft des Verkehrs (4 Quartal), (M)	Das Weißbuch wird einen Überblick über das Verkehrsaktionsprogramm bis zum Jahr 2020 geben. Es wird den generellen Rahmen für die nächsten 10 Jahre definieren und zwar speziell für die Aktionen auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur, der Binnenmarktgesetzgebung, der Lösung aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, der Technologie für intelligentes Verkehrsmanagement und saubere Fahrzeuge sowie die Nutzung von Standardisierung, marktorientierten Instrumenten und Anreizen. Es wird die Aktionen definieren, die notwendig sind, um einen einheitlichen Verkehrsraum zu schaffen und die Ziele der EU 2020-Strategie in Angriff zu nehmen (insbesondere die Forschungsausgaben, die 3 % des Bruttoinlandsprodukts umfassen sollen, und die 20/20/20 Ziele für Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz).
---------	---	---

Anlage II – Liste möglicher strategischer und prioritärer Initiativen in Prüfung (Planungshorizont 2014)

Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Wirtschaft	Mitteilung über einen Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050, auch im Hinblick auf die Formulierung von Szenarien für 2030 (M)	Die Mitteilung wird eine Analyse der Meilensteine auf dem Weg zum Jahr 2050 entwickeln. Darin eingeschlossen sind die erforderlichen Szenarien für 2030, die die Beiträge entscheidender klimarelevanter Sektoren mit einbeziehen.
Wirtschaft	Bewertung des wettbewerbspolitischen Rahmens für die Kfz-Industrie (Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung) (M)	Im Oktober 2009 verabschiedete die Kommission den Entwurf von Leitlinien und den Entwurf einer Gruppenfreistellungsverordnung für den Kfz-Sektor ("Kfz-GVO"). Sie sollen die bestehende GVO ab 1. Juni 2010 im Hinblick auf den Ersatzteilmarkt und ab 1. Juni 2013 für den Primärmarkt ersetzen. Die öffentliche Anhörung der Entwürfe wurde im Februar 2010 abgeschlossen.
Wirtschaft	Mitteilung über Beihilfen in Form kurzfristiger Exportkreditversicherungen (M)	Die Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen soll Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Beihilfen in diesem Versicherungssektor beseitigen. Sie gilt für staatliche Beihilfen im Sektor der kurzfristigen Exportkreditversicherungen. Die aktuelle Mitteilung läuft Ende 2010 aus, es sei denn sie wird verlängert oder neu bewertet.
Wirtschaft	Überarbeitung der Umweltbeihilfeleitlinien im Hinblick auf das EU Emissionshandelssystem nach 2013 (M)	Eine Änderung der Umweltbeihilfeleitlinien soll beschlossen werden, um Regeln für die Behandlung von Beihilfen im Zusammenhang mit dem Emissionshandelssystem (EHS) zu schaffen. Insbesondere die politisch heikle Frage des "carbon leakage" soll auf diese Weise angegangen werden. Energieintensive Industriebetriebe auch aus Norddeutschland haben wiederholt Kompensation für steigende Strompreise gefordert. Die Bundesregierung ist aktiv geworden und hat in 2009 Kompensationszahlungen i. H. v. 40 Mio. € bei der KOM für die Zeit bis 2013 notifiziert ("Richtlinie zur Förderung der Herstellung von klimaschonenden NE-Metallen"). Die von der KOM angekündigte Überarbeitung

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

		der Leitlinien soll dem erwarteten Anstieg der Strompreise im Rahmen der 3. Phase des EHS nach 2013 Rechnung tragen.
Wirtschaft	Bewertung Beihilferahmens für den Schiffbau (M)	Die Schiffbauindustrie unterliegt besonderen Vorschriften für staatliche Beihilfen, insbesondere engeren regionalen Beihilferichtlinien und marktbezogenen Innovationsbeihilferegeln. In den Jahren 2007-2008 wurde beschlossen, die Rahmenbestimmungen für den Schiffbau um zwei weitere Jahre zu verlängern. Alternative Möglichkeiten sind geprüft worden. Auch die Industrie wurde angehört. Die neuerliche Überprüfung wird erörtern, ob sektorspezifische Regelungen weiterhin erforderlich sind und wenn ja, ob und inwieweit Änderungen an den bestehenden Regeln erforderlich sind.
Wirtschaft	Mitteilung über die Breitband-Strategie (M)	Im Kontext der Digitalen Agenda wird die EU-Breitbandstrategie den Politikrahmen abstecken für Maßnahmen, die auf Förderung der vollständigen EU-weiten Breitbandabdeckung und Steigerung der Investitionen in Breitbandanschlüsse der nächsten Generation (Next Generation Access – NGA) zielen.
Wirtschaft	Empfehlung zu Breitbandanschlüssen der nächsten Generation (Next Generation Access – NGA) (M)	Im Kontext der Digitalen Agenda soll die Empfehlung den nationalen Regulierungsbehörden Anleitung bieten für die Gestaltung regulatorischer Maßnahmen über Breitbandanschlüsse der nächsten Generation (Next Generation Access – NGA); Ziel ist eine konsistente Regulierung im Binnenmarkt.
Wirtschaft	Programm zur Frequenzpolitik (Radio Spectrum Policy Programme RSPP) (L)	Das mehrjährige Programm zur Frequenzpolitik soll die strategische Orientierung zur EU-Frequenzpolitik festlegen, einschließlich des Bedarfs an Frequenzressourcen; dies soll der EU helfen, ihre Schlüsselziele zu erreichen wie die Entwicklung von Hochgeschwindigkeitsanschlüssen für alle Bürgerinnen und Bürger.
Wirtschaft	Entscheidung zum 800 MHz- Band (L)	Die Entscheidung zur technischen Harmonisierung wird die Mindestbedingungen festlegen, die Nutzer des 800 MHz-Bandes erfüllen müssen, wenn sie die Frequenzen für andere Zwecke als für terrestrischen Rundfunk nutzen.
Wirtschaft	Mitteilung über die Zukunft der Universaldienste und die Nutzerrechte (M)	Die Mitteilung ist Teil der Fortschreibung der Erklärung zu Universaldiensten, die die KOM 2009 gegenüber dem EP abgegeben hat. Sie wird die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation über die künftigen Grundlagen der Universaldienste (erste Hälfte 2010) zusammenfassen und den möglichen Bedarf für eine Aktualisierung der UniversaldiensteRL 2002/22/EC beurteilen.
Wirtschaft	Grünbuch zur Freisetzung des Potenzials kultureller und kreativer Wirtschaftszweige / Industrien (M)	Das Grünbuch wird untersuchen, wie man die Rahmenbedingungen verbessern kann, um den Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft für Europas grünes, wissensbasiertes Wachstum zu erhöhen. (Veröffentlichung 27. April 2010)
Wirtschaft	Mitteilung über "grüne" Fahrzeuge	Die Mitteilung wird eine umfassende Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge darlegen, die Potenzial zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes im Straßenverkehr haben (mit Blick auf das Jahr 2020) (Veröffentlichung am 27. April 2010)

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Wirtschaft	Mitteilung zur Halbwertung des Small Business Act (M)	Nach zwei Jahren der Umsetzung ist es notwendig, eine Bilanz über den Fortschritt in den Mitgliedsstaaten und auf EU-Ebene zu erstellen und zum Nachdenken über mögliche neue Aktionen anzuleiten, die im Lichte der ökonomischen und sozialen Entwicklungen und zukünftiger Herausforderungen auf den Weg gebracht werden sollten.
Wirtschaft/Verkehr	Legislativvorschlag über den Zugang zu öffentlich regulierten Diensten von Galileo (L)	- Definition von Nutzungs-/ Anwendungsbestimmungen der öffentlich regulierten Dienste, die mittels einer wirksamen Geschäftsleitung die Sicherheit der öffentlich regulierten Dienste wahren sollen; - Festlegung notwendiger Schnittstellen zwischen der Entscheidungsebene (Rat, Mitgliedsstaaten, Kommission) und dem «Technischen Bereich» der öffentlich regulierten Dienste (Aufsichtsbehörde, Konzessionäre, Verwertern); - rechtzeitige Bereitstellung von Mechanismen für beide Ebenen, um die öffentlich regulierten Dienste bereits zu Beginn der einsatzfähigen Phase nutzen zu können.
Wirtschaft/Verkehr	Mitteilung über einen Aktionsplan zu Anwendungen des Globalen Satelliten-navigationsystems GNSS (M)	Durch die Maßnahmen soll eine bessere Entwicklung von Gütern für die kommerziellen Dienste von Galileo sichergestellt werden.
Wirtschaft/Verkehr	Mitteilung zum Europäischen Satelliten-navigationsprogramm (M)	Die Bewertung konzentriert sich auf die Kosten und Risiken einer vollständigen Implementierung von EGNOS und Galileo. Dieses ist dringlich in Hinblick auf den voraussichtlichen zusätzlichen Finanzbedarf in der laufenden Haushaltsperiode. Die Halbwertung wird ebenfalls ergänzt durch Vorschläge in Bezug auf die Steuerung (Governance) und Finanzierungsaspekte von EGNOS und Galileo nach 2013.
Wirtschaft	Mitteilung der EU zu Raumfahrtaktivitäten (M)	Die Mitteilung wird die Schwerpunkte und Hauptaktivitäten eines künftigen Raumfahrtprogrammes, welches in der nächsten finanziellen Periode implementiert werden soll, beschreiben. Das Programm soll die fundamentalen Herausforderungen angehen und dabei auf den Ergebnissen im Kontext von GALILEO, GMES und FP7 Space Themen aufbauen (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.4 (Forschung und Technologie)).
Wirtschaft	Mitteilung über einen neuen Rahmen für die EU-Tourismuspolitik (M)	Die Mitteilung wird mögliche Handlungsfelder auf der EU-, nationalen und regionalen Ebene aufzeigen, ebenso wie für die Industrie und andere Akteure. Sie enthält gleichermaßen einen Überblick über die geeignetsten Finanzinstrumente für deren Koordination.
Wirtschaft	Verordnungsvorschlag für die Etablierung eines Wettbewerbs- und Innovationsprogramms 2014 (CIP II) (L)	Das Hauptziel des Programms ist die Verbesserung von Wettbewerb und nachhaltigem Wachstum. Im Besonderen sollen die Anpassung der Industrie an strukturelle Veränderungen beschleunigt werden und ein innovationsfreundliches Umfeld für diese Initiativen sowie unternehmerische Aktivitäten in der Union speziell für KMU geschaffen werden (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.4 (Forschung und Technologie)).

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Wirtschaft	Mitteilung zur Überprüfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Nanomaterialien (M)	Diese Mitteilung geht zurück auf eine Verpflichtung der KOM aus dem Jahr 2008. Seinerzeit hatte sich die KOM verpflichtet, die EU-Institutionen über die Entwicklungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Nanomaterialien und ihre Implementierung zu informieren (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.4 (Forschung und Technologie)).
Wirtschaft	Weißbuch über die Neuauflage des Binnenmarktes (M)	Das Papier wird konkrete Initiativen und Schritte zur Neuauflage des Binnenmarktes vorschlagen.
Wirtschaft	Mitteilung zum öffentlichen Auftragswesen mit Schwerpunkt darauf, die 'EU 2020' Prioritäten zu unterstützen: Innovation, Investitionen in niedrigen Kohlenstoffausstoß, soziale Angelegenheiten, Energieeffizienz usw. (M)	Es sollen Hinweise zur richtigen Anwendung von vorhandenen Instrumenten für die grünen, die sozialen und die innovativen Aspekte des öffentlichen Auftragswesens zur Verfügung gestellt werden. Die Mitteilung will den vertragsschließenden Behörden erklären, was von ihnen erwartet wird (gesetzlich verbindliche Bestimmungen) und was sie unter dem gegenwärtigen Rechtsrahmen tun dürfen.
Wirtschaft	Initiative zu Konzessionen (M/L)	Ziel der Initiative ist die Schaffung von Rechtsklarheit und -sicherheit im Hinblick auf die bei der Vergabe von Konzessionsverträgen einschlägigen Vorschriften. Aus norddeutscher Sicht wird u. a. von Interesse sein, ob und inwieweit die KOM z.B. Konzessionen für Hafendienstleistungen in die Initiative einbeziehen möchte.
Wirtschaft	Mitteilung und Bericht über die Ergebnisse der Umsetzung der Dienstleistungs-RL und des „gegenseitigen Evaluierungsprozesses“ (M)	Fortschreibung und Aufbereitung der gegenseitigen Evaluation unter der Dienstleistungsrichtlinie in einem Politikdokument, das die künftige Dienstleistungspolitik der KOM darlegt.
Wirtschaft	Grünbuch zur e-Beschaffung, e-procurement (M)	Das Grünbuch wird weitere Schritte darlegen, den Gebrauch der e-Beschaffung zu erleichtern und Hindernisse für die grenzüberschreitende e-Beschaffung zu beseitigen.
Wirtschaft	Bewertung der Verordnung über die Gemeinschaftsmarke (L)	Ziel ist es, das Gemeinschaftswarenzeichen-System zu verbessern und weiterzuentwickeln, um Qualität, Leistungsfähigkeit und Mehrwert zu Gunsten der Benutzer zu vergrößern. Es wird auf einer umfassenden Einschätzung der Wirkung des Warenzeichen-Systems in Europa beruhen und die Errichtung einer erhöhten Partnerschaft zwischen dem Büro für die Harmonisierung im Binnenmarkt ("OHIM") und den Warenzeichen-Büros von Mitgliedstaaten einschließen, um dadurch zum Kampf gegen Raubkopien beizutragen.
Wirtschaft	Mitteilung über e-Rechnungssysteme, e-invoicing (M)	Die Mitteilung will ein allgemeines Rahmenwerk für e-Rechnungssysteme definieren, um die Verwendung elektronischer Rechnungssysteme zu verbreiten, was zu wesentlichen Einsparpotenzialen und der Verminderung der Verwaltungslast führen würde. Alle Geschäfts- und Handelspartner, insbesondere KMU, würden von einer stärkeren Verbreitung profitieren.
Wirtschaft	Neue Quellen des Wachstums aus Meer und Ozean: Mitteilung zu „Blue Growth“	Die Mitteilung wird auf einer Studie aufbauen, die zukünftige Wachstumsszenarien für Küstengebiete und die maritime Wirtschaft erforscht, mit einem besonderen

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

	– eine neue Vision zu nachhaltigem Wachstum in Küstenregionen und in Maritimen Sektoren (M)	Schwerpunkt auf positiven Beschäftigungseffekten (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.8 (Meerespolitik)).
Wirtschaft	Mitteilung über die "Verstärkung des Beitrags der Kohäsionspolitik zur Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft und regionaler Innovation sowie zur Umsetzung von Europa 2020" (M)	Die Mitteilung wird politische Orientierung geben, wie die Kohäsionspolitik mit der "Europa 2020"-Vision in Einklang gebracht werden kann. So soll intelligentes Wachstums durch regionale, auf Wissen und Innovation basierende Wirtschaftspolitiken gefördert werden, die sich an Wissen und Innovation orientieren (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.1 (Regionalpolitik)).
Wirtschaft	Übereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA): Ratsbeschlüsse über die Autorisierung zur Unterzeichnung und zum Abschluss des Abkommens (L)	Geplant sind Vorschläge der KOM für Ratsbeschlüsse, die die KOM zur Unterzeichnung und zum Abschluss des Abkommens ermächtigen. Das Ziel der ACTA-Verhandlungen ist die Schaffung eines internationalen Rahmens zur besseren Durchsetzung des Rechts am geistigen Eigentum. Es sollen internationale Standards zum Umgang mit Rechtsverletzungen großen Ausmaßes, die oft von kriminellen Organisationen begangen werden, eingeführt werden.
Politikbereich	Bezeichnung der Maßnahme	Inhalt/Bemerkungen
Verkehr	Paket für eine nachhaltige Verkehrspolitik: Revision der Richtlinien für die Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-V), (L/M)	Der Legislativvorschlag zur Überarbeitung der aktuellen TEN-V Richtlinien soll sich auf ein zentrales Netzwerk konzentrieren, das den größten Beitrag zu den wichtigsten Zielen der TEN-V Politik zu liefern verspricht. Er wird begleitet durch einen Bericht, der die Fortschritte der TEN-V Prioritätsprojekte und der Transeuropäischen Netze Verkehr insgesamt darstellen wird. Im Anschluss an die Konsultation des Jahres 2009 arbeiten derzeit sechs Expertengruppen an den Details des künftigen TEN-V Netzes. Deren Ergebnisse und die der Konsultation werden voraussichtlich Ende des Jahres in erste Entwürfe und Karten mit der neuen Struktur des TEN-V Netzes einfließen.
Verkehr	Paket für eine nachhaltige Verkehrspolitik: Strategischer Transport Technologie Plan (M)	Der Strategische Transport Technologie Plan wird einen strategischen Rahmen liefern für die Forschung sowie technologische Entwicklung und Anwendung der Forschungsergebnisse. Er wird auf fachlichen Bedürfnissen und einer Vision für ein integriertes, effizientes und umweltfreundliches Transportsystem mit dem Zeithorizont 2050 basieren.
Verkehr	Bericht zum Einsatz von Körperscannern am Flughafen (M)	Der Bericht wird eine Einschätzung liefern zu den Auswirkungen des Einsatzes von Körperscannern mit Hinblick auf ihre Effizienz, aber auch mit Blick auf Gesundheitrisiken, die Verletzung von Grundrechten sowie der Privatsphäre. Auf Basis dieser Ergebnisse wird die KOM voraussichtlich entscheiden, ob sie auf diesem Gebiet initiativ werden möchte oder weiter den Mitgliedstaaten die Entscheidung über die Verwendung von Körperscannern überlassen möchte.

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Verkehr	Binnenmarktpaket: Wiederaufnahme des 1. Eisenbahnpakets, (KOM 2001/12,13 und 14 EG) (L)	Die Wiederaufnahme dient dazu, bestehende Regelungen des 1. Eisenbahnpakets deutlicher zu fassen, als Präzisierung und Hilfestellung für die Umsetzung. Zum Oktober 2009 hatten noch 21 Mitgliedstaaten das 1. Eisenbahnpaket nicht/vollständig umgesetzt. Die KOM wird überprüfen, welche Hindernisse für die Umsetzung bestehen und diese nach Möglichkeit aus dem Wege räumen.
Verkehr	Flughafenpaket: Mitteilung zur Luftverkehrs politik, begleitet durch legislative Vorschläge (L/M)	Die Mitteilung wird den aktuellen Sachstand zur Flughafenpolitik diskutieren, sowie den Fortschritt der Umsetzung des Aktionsplans für die Kapazität von Flughäfen in Europa überprüfen. Zudem wird sie sich mit der Notwendigkeit auseinandersetzen, die derzeitige Verordnung (EG) Nr. 793/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über gemeinsame Regeln für die Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen in der Gemeinschaft und die Richtlinie 96/67/EG des Rates vom 15. Oktober 1996 über den Zugang zum Markt der Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen der Gemeinschaft zu ändern. Im Rahmen der Wirtschaftskrise war der Grundsatz „use it or lose it“ zur Beibehaltung von Zeitnischen kurzfristig ausgesetzt worden. Abweichend von diesem Grundsatz behalten die Fluggesellschaften ihre Zeitnischen in der Sommersaison 2010 auch dann, wenn sie sie im Sommer 2009 nur zu weniger als 80 % nutzten. Das Bestreben der KOM, im Komitologieverfahren ohne Zustimmung des EP eine Verlängerung der Maßnahme für die darauf folgende Wintersaison 2010/2011 beschließen zu können, scheiterte an der erforderlichen Zustimmung des EP.
Verkehr	Paket für eine maritime soziale Agenda (L/M)	Das Paket wird verschiedene Aspekte des „menschlichen Elements“ im maritimen Transport diskutieren, insbesondere die Ausbildung und Zertifizierung von Seeleuten. Das Gesamtpaket besteht voraussichtlich aus einer Mitteilung für eine soziale Agenda im maritimen Transport, einem Vorschlag für eine Richtlinie über die Kontrolle der Anwendung der ILO Konvention, einem Vorschlag für eine Revision der Richtlinie KOM 2008(116) EG über die Ausbildung von Seeleuten (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.1 (Soziales)). Die Attraktivität der Berufe im maritimen Bereich bedarf der besonderen Unterstützung auf europäischer Ebene; nicht zuletzt damit die erhofften Wachstumszahlen im maritimen Transportbereich erreicht werden können. Zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Bereich sollen auch in zunehmendem Maße für europäische Arbeitsnehmer attraktiv sein. Die KPKR hat im Rahmen der Arbeitsgruppe „Aquamarina“ zur Meerespolitik eine Untergruppe eingesetzt, die Vorschläge für eine Verbesserung der beruflichen Mobilität junger Menschen in maritimen Berufen erarbeiten soll (über den Bereich Seefahrt hinaus). Angestrebt wird eine Berücksichtigung des Sektors in den künftigen Mobilitätsprogrammen s. „Jugend in Bewegung“ (siehe auch Ausführungen unter Nr. 2.2 (Bildung, Jugend Kultur)).

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Kommission 2010 im Rahmen der Norddeutschen Zusammenarbeit

Verkehr	Mitteilung zum Straßenverkehrsgütermarkt (M)	Überprüfung des Funktionierens des Binnenmarkts mit Blick auf den Straßenverkehrsgütermarkt in Europa (inklusive der Frage Kabotage). Unter der sog. "Kabotage" ist die Erbringung von Dienstleistungen durch einen Verkehrsunternehmer in einem Mitgliedstaat zu verstehen, in dem er nicht niedergelassen ist. Im Rahmen des Straßenverkehrspakets hatten sich Rat und EP auf einen Kompromiss geeinigt, wonach im Anschluss an eine grenzüberschreitende Fahrt drei Kabotagefahrten binnen 7 Tagen erlaubt sind. Die EU-Kommission wurde in diesem Zusammenhang aufgefordert, bis 2013 die Marktlage eng zu überwachen und gegebenenfalls eine weitere Öffnung der inländischen Straßenverkehrsmärkte, einschließlich der Kabotage, vorzuschlagen.
---------	--	---